

## ■ Aktuelles

Eine bessere Zukunft für Tansanias Kinder  
Michael Hanfstängl 4

Neue „Brot für die Welt“-Kampagne eröffnet 8

## ■ Thema: Tanzania im weltweiten Handel

Die Welthandelsorganisation (WTO)  
Gitta Röth 10

WTO-Konferenzen von 1994-2006 15

WTO: Die „Regeln der Reichen“ in der Krise  
Alexis Passadakis 19

Afrikanische Länder in der Welthandelsorganisation WTO 23

Tansanias Handelspolitik und Rolle in der WTO  
Gitta Röth 24

Tanzania and the WTO  
Lucas N. Saronga 28 *Die Themen der  
folgenden Aus-  
gaben:*

Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne 34

WTO – Glossar 37

1/2007

Tanzania zwischen Weltmarkt und regionaler Integration  
Luise Steinwachs 40

Familie

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen AKP-Staaten und EU  
Alexis Valqui, Birgit Hofmann 44

und Ver-

wandtschaft

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen AKP-Staaten und EU  
Birgit Hofmann 48

*(Einsendungen  
bis 15. Februar  
2007)*

Negotiating Economic Partnership Agreements with the EU  
Regine Qualmann et al 51

„STOP EPAs“: Stoppt EU-AKP-Freihandelsabkommen! 55

Es hat sich gelohnt!  
Elisabeth Steinle-Paul 58

2/2007

Studentagung in Fulda – eine persönliche Impression  
Arnold Kiel 61

Handel(n)

- jetzt, aber

Wirtschaftsglossar 62

wie?

## ■ Partnerschaften und Projekte

*(Einsendungen  
bis 15. Mai  
2007)*

Medikamente für Tansania  
Gerhard Kunath 65

Ndolage Hospital Kabibi Byabato, Frank Beier	67
Kiel für Kinder am Kilimanjaro Doris und Helmut Krieg	70
Erneuerbare Energien in Tansania Katharina Danner	73
<b>Medien: Hinweise und Besprechungen</b>	<b>76</b>

Liebe Leser,

Wie der Handel auf einem tanzanischen Markt funktioniert, das ist den meisten Habari-Lesern nichts Neues. Einige wissen womöglich sogar, welche Hürden genommen werden müssen, wenn man einen kleinen Handel mit tanzanischen Partnern betreibt.

Wie es aber darüber hinaus aussieht, wie Tanzania als Land und Handelspartner in Ostafrika, in Afrika und mit der großen weiten Welt im Handel verknüpft und positioniert ist, das ist doch für viele ein weites Feld mit vielen weißen Flecken. Und dabei entscheidet sich auf diesem Feld Wesentliches, was letztlich auch die Lebensbedingungen der Menschen in Tanzania bestimmt.

Dieses komplexe Thema, bei dem schon die Nomenklatur für Nichteingeweihte wie Fachchinesisch klingt und wo eine sich ständig ändernde Sachlage den Durchblick schwer macht, hat sich das Tanzania-Netzwerk in diesem Jahr vorgenommen und dazu einen erfolgreichen Studientag im November organisiert.

Kompetente Referenten und lebendige Diskussionen halfen dabei, einen roten Faden zu finden, und am Ende waren alle froh, sich dem sperrigen Thema gestellt zu haben und mit etwas mehr Sachverstand wieder nach Hause zu fahren.

Die wichtigsten Referate können sie in diesem Habari-Heft nachlesen. Dazu noch einiges mehr, das mit dem Thema zusammenhängt. Auch, welche Kampagnen sich in dem Zusammenhang gegründet haben, die sich für mehr Gerechtigkeit bei den Verhandlungen einsetzen.

Damit Sie nicht an den Abkürzungen und Fachausdrücken scheitern, haben wir am Ende der Beiträge ein Glossar angehängt und in der Mitte des Heftes eine Übersicht der Handelstrukturen eingehftet, die Sie herausnehmen und beim Lesen daneben legen können.

Und übrigens: der nächste Studientag wird bestimmt ebenso spannend. Und weniger theorielastig: Dort wird es um Fairen Handel, Blumenproduktion, Kaffee und mehr gehen. Merken Sie sich den Termin am 17. März 2006 in Berlin am besten schon mal vor. Das Programm finden Sie in der Mitte dieses Heftes.

Ansonsten wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen, besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihre Elisabeth Steinle-Paul

## **Die Habari Redaktion sucht dringend weitere Mitglieder!**

Geboten wird die Auseinandersetzung mit interessanten Themen, Zusammenarbeit mit einem aufgeschlossenen Team und anregende Treffen und Diskussionen bei der Zusammenstellung der Themen und der Texte.

Die Redaktionskonferenzen finden meist als Telefonkonferenz statt; ein Mal im Jahr treffen wir uns persönlich.

Kontakt über Luise Steinwachs: [luise.steinwachs@tanzania-network.de](mailto:luise.steinwachs@tanzania-network.de)

## **Studientag des Tanzania-Network.de e.V.**

### **Handel(n) – jetzt, aber wie?!**

Deutsch-Tanzanische Wirtschaftsbeziehungen in der Partnerschaftsarbeit

**am Samstag, den 17. März 2007 in Berlin.**

Im Anschluss an das Seminar findet am Sonntag, den 18. März 2007 die jährliche Mitgliederversammlung des Tanzania-Network.de statt, zu der Sie herzlich eingeladen sind.

Tagungsort: Wannseeforum, Hohenzollernstraße 14, 14109 Berlin

**Die Einladung finden Sie am Ende dieses Heftes.**

## Eine bessere Zukunft für Tansanias Kinder

*Michael Hanfstängl*

*Michael Hanfstängl ist Direktor des Ev.-Luth. Missionswerks Leipzig e.V.*

*Kontakt:  
Michael Hanfstängl,  
Ev.-Luth. Missionswerk Leipzig,  
Paul-List-Straße 19,  
04103 Leipzig,  
Tel 0341-99 406-22  
michael.hanfstaengl@lmw-mission.de  
www.lmw-mission.de*

Wie jedes Jahr im Herbst traf sich die Ev. Luth. Kirche in Tansania mit ihren Langzeitpartnern aus sechs Ländern zur Tagung des Lutheran Mission Cooperation Tanzania (LMC). Das Schwerpunktthema in diesem Jahr lautete: „Armut bekämpfen“. Kinder sind in Tansania in vielfacher Weise von Armut betroffen. Doch konnten wichtige Fortschritte erzielt werden, die ohne die gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten und ohne die internationale Kampagne für die Millennium Entwicklungsziele (Millennium Development Goals MDGs) der Vereinten Nationen kaum möglich geworden wären.

### **Deutlich geringere Kindersterblichkeit**

Neue Untersuchungen der tansanischen Regierung (wie der „Demographic and Health Survey 2005“) zeigen, dass sich die Lebensbedingungen vieler Kinder in Tansania entscheidend verbessert haben. Im Jahr 2000 starb noch jeder zehnte Säugling, ehe er seinen ersten Geburtstag feiern konnte, im Jahr 2004 war es nur noch jeder fünfzehnte (statt 100 von 1000 Lebendgeborenen starben nur noch 68 während ihres ersten Lebensjahres). Während im Jahr 2000 noch 156 von 1000 Kindern keine fünf Jahre alt wurden, waren es im Jahr 2004 nur noch 112. Starb somit noch vor wenigen Jahren fast jedes sechste Kind in seinen ersten fünf Lebensjahren, so trifft dieses Schicksal jetzt nur noch jedes neunte Kind. Statistiken wie diese sind notwendigerweise abstrakt, objektiv feststellend, gewollt gefühllos. Wir können uns kaum ausmalen, was es für eine Familie bedeutet, wenn Kinder unnötigerweise nach einem schweren Durchfall an Austrocknung sterben, obwohl man diese Dehydrierung mit einer einfachen Lösung aus Wasser, Salz und Zucker hätte stoppen können. Eine bessere Ausbildung der jungen Mütter kann Leben retten, wenn sie um diese einfachen Hilfsmittel wissen und Zugang zu Salz und Zucker und sauberem Trinkwasser haben.

### **Sauberes Wasser ist lebensnotwendig**

Auch in diesem Bereich hat Tansania wichtige Fortschritte erzielt. Der Bevölkerungsanteil, der Zugang zu sauberem Wasser hat, lag 1990 gerade einmal bei 32 Prozent. Dank vieler

Wasserprojekte konnte der Anteil bis zum Jahr 2004 auf immerhin 62 Prozent erhöht werden. Bei meinem Besuch in der lebhaften Kleinstadt Mtu wa Mbu, dem Einsatzort unserer Missionarin, Pfarrerin Christiane Eckert, an der wichtigen Asphaltstrasse von Arusha zum Ngorongoro Krater, waren an mehreren Stellen ihres ausgedehnten Gemeindegebiets Baumaßnahmen in Gang, um Wassertürme und Wasserleitungen zu errichten. Ein Schild gab Auskunft darüber, dass hier Ingenieure und Bauunternehmer aus China beteiligt waren und die Finanzierung von der Afrikanischen Entwicklungsbank (African Development Bank ADB) stammt. Zu den international vereinbarten Entwicklungszielen der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen gehört es, den Anteil der Menschen, die keinen nachhaltigen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, um die Hälfte zu senken. Wo solche Wasserleitungen fehlen, sieht man zumeist Mädchen 20 Liter Plastikeimer auf dem Kopf balancieren, die das Trink-, Putz- und Kochwasser für ihre Familien oft kilometerweit von Bächen oder öffentlichen Brunnen heranholen mussten. Ein dichteres Wasserleitungsnetz erspart Kindern diese Schwerarbeit. Wäre es da nicht besser, sie in die Schule zu schicken, anstatt sie stundenlang damit zu beschäftigen, zur täglichen Überlebenssicherung ihrer Familie beitragen zu müssen?

### **Das Recht auf Bildung verwirklichen**

Früher wäre die Frage nach dem Schulbesuch unmittelbar eine Frage nach Armut und Reichtum gewesen. Denn solange Schulgelder schon für den Besuch der Grundschule verlangt wurden, konnten es sich viele Familien einfach nicht leisten, alle ihre Kinder zur Schule zu schicken. Oft blieben die Mädchen zu Hause, da es ihren Eltern wichtiger war, für eine gute Ausbildung ihrer Söhne zu sorgen, die einmal eine Familie zu ernähren hätten. Doch seit einigen Jahren hat sich das Bild gewandelt. Die Regierung hat nach dem ersten Schuldenerlass im Jahr 2000 die Grundschulgebühren abgeschafft. Die Netto-Einschuldungsraten in die Grundschule sind seitdem von 58,8 Prozent auf 95 Prozent gestiegen. Somit hat Tansania nun fast die allgemeine Grundschulbildung verwirklicht, wobei der Anteil der Mädchen und Jungen in den Grundschulen gleich hoch ist. Als ich während meiner Reise mit Bischof Thomas Laiser die Grundschule in Ketumbene in der Maasai-Steppe drei Autostunden nordwestlich von Arusha besuchte, war deutlich, dass hohe Einschulungszahlen noch längst nicht mit einer guten Ausbildung gleich zu setzen sind. In der ersten Klasse fanden sich 116 Schulkinder und eine Lehrerin. Die Regierung orientiert sich an einem Zahlenverhältnis von 45 Schüler und Schülerin-

nen pro Lehrkraft. Doch in Zeiten von HIV/Aids ist es nicht leicht, ausreichend Lehrkräfte auszubilden, die über Jahrzehnte leistungsfähig bleiben und ihre Klassen mit großem Elan zu einem guten Abschluss führen. Immer wieder fallen Lehrkräfte krankheitsbedingt aus, und eine Krankheitsvertretung ist für eine entlegene Schule im ländlichen Raum nicht zu bekommen. Immerhin gab es für alle Kinder ausreichend Tische, Stühle und Lehrbücher. Alle trugen die vorgeschriebene Schuluniform, so dass man nicht schon am Zustand der Kleidung die Einkommenssituation ihrer Eltern ablesen kann. Während meines Besuchs stand gerade das Lesen auf dem Stundenplan und der Stolz eines kleinen Mädchens war fast unbeschreiblich, als es vor der großen Klassengemeinschaft den Gästen etwas fehlerfrei auf Swahili vorlesen durfte und alle konzentriert zuhörten. Die Disziplin angesichts der großen Klassenstärke war vorbildlich. Dennoch bleibt zu hoffen, dass bald neue Lehrerinnen dazu kommen, um die Klasse teilen zu können. An der Sekundarschule in Ketumbene wurde am Tage unseres Besuchs gerade unterrichtet, wie man sich vor Aids schützen kann. Die englische Tafelanschrift zeigte, wie detailliert die 14 Jährigen in einer gemischten Klasse im Biologieunterricht über verschiedene sexuell übertragbare Krankheiten informiert wurden. Die Aufklärung kann anscheinend kaum früh genug ansetzen. Leider steigen die Infektionsraten weiterhin an, so dass inzwischen schon jeder elfte Erwachsene HIV-positiv ist. Dennoch: Selbst in einem Ort wie Mtu wa Mbu kann die lutherische Kirche in ihrem Diakoniezentrum anbieten, dass alle diejenigen, die bei einem HIV-Test „positiv“ getestet wurden, kostenlos die antiretrovirale Therapie erhalten. „Der Zugang zur Behandlung erhöht die Bereitschaft der Menschen, sich testen zu lassen“, so die Aids-Koordinatorin Sara Lomayani vom Diakoniezentrum in Mtu wa Mbu.

### **Mehr Entwicklungshilfe, höhere Entschuldung**

Die tansanische Regierung hat eine homepage gestaltet, um über ihre Strategien zur Armutsbekämpfung aktuell zu informieren ([www.povertymonitoring.go.tz](http://www.povertymonitoring.go.tz)). Tansania erhält steigende Mittel aus der internationalen Entwicklungshilfe. Waren es im Jahr 2000 nur 1,02 Milliarden US-Dollar, so stieg die Unterstützung bis zum Jahr 2004 auf 1,75 Milliarden US-Dollar an. Für ganz Subsahara-Afrika ist sogar eine Verdoppelung der Nettoauszahlungen der internationalen Entwicklungshilfe auf 25,5 Milliarden Dollar im Jahr 2004 zu verzeichnen. Die Afrikaprogramme der G8 Gipfel seit Genua 2001 sind somit keine leeren Versprechen geblieben. Beim G8 Gipfel 2005 wurde sogar davon gesprochen, den ärmsten Ländern

wie Tansania alle Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF), bei der Weltbank und bei der Afrikanischen Entwicklungsbank zu erlassen. Wie so oft, steckt der Teufel im Detail möglicher Bedingungen, die mit einem Erlass verknüpft werden. So ist noch nicht ganz klar, ob der angekündigte Erlass von 2,8 Milliarden Dollar gegenüber der Weltbanktochter IDA teilweise dazu führt, dass Tansania künftig weniger Mittel von der Weltbank erhalten wird. Dennoch: der IWF hat ohne weitere Auflagen am 22. Dezember 2005 entschieden, Tansania restlos alle Kredite vollständig zu erlassen, die bis Ende 2004 vereinbart wurden. Dieser IWF Erlass beläuft sich auf insgesamt 336 Millionen Dollar und damit 297 Millionen Dollar mehr, als unter dem bisherigen Entschuldungspaket für hochverschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries HIPC) vorgesehen waren. Die Unterschriftensammlungen von „Erlassjahr“ und dem bundesweiten Tanzania-Network.de sowie die vielen Briefe der Missionswerke an die politisch Verantwortlichen haben etwas in Bewegung gesetzt. Der Vertreter der tansanischen Regierung, Herr Mbayani Yudica Saruni, sprach den Mitgliedern der Lutheran Mission Cooperation in Moshi seinen Dank aus und bestätigte den erfolgten Schuldenerlass und seine Wirkung zugunsten der Armutsbekämpfung in Tansania.

*Weitere Informationen und Quellen:*

- *Presseerklärung des IWF zum 100 Prozent Erlass für Tansania unter: [www.imf.org/external/np/sec/pr/2005/pr05304.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2005/pr05304.htm)*
- *Zur gestiegenen Entwicklungshilfe, siehe Tabelle 25 unter: [http://www.oecd.org/document/9/0,2340,en\\_2649\\_34447\\_1893129\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/9/0,2340,en_2649_34447_1893129_1_1_1_1,00.html)*
- *Tanzania - Country Brief, updated September 2006 unter [web.worldbank.org](http://web.worldbank.org) / dort finden sich die statistischen Angaben zum „demographic and health survey 2005“*
- *Multilateral Debt Relief Initiative MDRI Fact Sheet unter [http://siteresources.worldbank.org/INTDEBTDEPT/Resources/mdri\\_eng.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTDEBTDEPT/Resources/mdri_eng.pdf) (hier findet sich die Schätzung vom 1.7.06, dass Tansania mit 2,804 Milliarden Dollar Schuldenerlass unter MDRI rechnen kann)*

*Kontakt:  
Carolin  
Callenius,  
Brot für die  
Welt,  
Abteilung Poli-  
tik und Kampa-  
gnen,  
Tel 0711 - 21  
59-741  
Fax 0711 -21  
59-390  
www.brof-fuer-  
die-welt.de*

## **Neue „Brot für die Welt“-Kampagne eröffnet**

Am 15. Oktober 2006 startete die neue „Brot für die Welt“ – Kampagne „Niemand isst für sich allein“. Die Kampagne will die Zusammenhänge zwischen Hunger und Armut, unserem Konsummodell und den Spielregeln des Welthandels verdeutlichen. Die neue Kampagne wird im nächsten Jahr zahlreiche Aktionen, u.a. auf dem Kirchentag in Köln, durchführen. In einem Beschluss begrüßte die EKD-Synode Anfang November die neue „Brot für die Welt“-Kampagne und ermutigt Gemeinden, Schulen und kirchliche Einrichtungen, die Kampagne zu unterstützen.

### **Warum die Kampagne „Niemand isst für sich allein“?**

Noch nie zuvor waren Lebensmittel in solchem Überfluss vorhanden – nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO genug, um allen Menschen eine Grundversorgung zu garantieren. Aber über 800 Millionen Menschen leiden an Hunger.

Gleichzeitig nehmen ernährungsbedingte Krankheiten in den Wohlstandsinseln der Welt dramatisch zu. Mit „Niemand isst für sich allein“ informiert „Brot für die Welt“ über die Zusammenhänge zwischen Hunger und Armut, unserem Konsummodell und den Spielregeln des Welthandels.

Die Kampagne lädt dazu ein, Stellung zu beziehen zu einem gerechteren Wirtschafts- und Handelsmodell, das das Recht auf Nahrung weltweit berücksichtigt. Sie möchte deutlich machen, dass unsere Essgewohnheiten Auswirkungen auf das Leben anderer haben. Als Konsumentinnen und Konsumenten können wir durch eine Politik mit dem Einkaufskorb zu gerechteren Handelsbeziehungen und einer nachhaltigen Wirtschafts- und Konsumweise beitragen.



## Forderungen der Kampagne

### 1. Ernährungssicherheit braucht einen Wandel im Handel

- Ein faires Welthandelssystem muss soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen und darf die Ernährungssituation armer Bevölkerungsgruppen nicht beeinträchtigen.
- Arme Länder müssen die Möglichkeit haben, ihre bäuerliche Agrarproduktion vor der ruinösen Konkurrenz des Weltmarkts zu schützen.
- Ein faires Welthandelsregime beinhaltet die Regulierung von multinationalen Lebensmittel- und Agrarkonzernen.

### 2. Ernährungssicherheit erfordert eine Agrarwende

- Subventionen für eine bäuerliche Landwirtschaft sind notwendig, dürfen aber Großbetriebe nicht einseitig bevorzugen.
- Die Förderung ländlicher Räume, die Verbreitung der nachhaltigen Landwirtschaft und die Entwicklung von Binnenmärkten müssen ins Zentrum nationaler Agrarpolitik gerückt und gefördert werden.
- Die Bundesregierung sollte dazu beitragen, die Umsetzung der Leitlinien zum Recht auf Nahrung fördern.

### 3. Ernährungssicherheit erfordert eine Konsumwende

- Jede Person kann zu diesem Wandel beitragen – mit jahreszeitlicher Küche, mehr ökologisch angebauten Nahrungsmitteln aus der Region und weniger Fleisch.
- Der Kauf von fair gehandelten Produkten leistet einen Beitrag, damit bäuerliche Produzenten, Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter ein Leben in Würde führen können.
- Die Bundesregierung sollte sich intensiv an der Suche nach einem zukunftsfähigeren, gerechteren Wohlstands- und Konsummodell beteiligen.

*Wer sich über die Kampagne laufend informieren möchte, kann den Newsletter der Kampagne unter [ernaehrung@brot-fuer-die-welt.de](mailto:ernaehrung@brot-fuer-die-welt.de) bestellen.*

## Die Welthandelsorganisation (WTO)

*zusammengefasst von Gitta Röth*

*Dr. Gitta Röth, Agraringenieurin/-soziologin, war mehrere Jahre in Afrika und anderen Ländern und arbeitete 2006 für das Tanzania-Network.de. Hier betreute sie das Programm „Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Tanzania und Deutschland“.*

Formell ist die WTO eine der demokratischsten internationalen Organisationen. Sowohl im höchsten Entscheidungsgremium, der alle zwei Jahre stattfindenden Ministerkonferenz, als auch in allen anderen Gremien sind alle Mitglieder vertreten. Entscheidungen sollen i.d.R. im Konsens gefällt werden. Dieses Konsensprinzip der WTO, bei der jedes Land eine Stimme hat und ein Veto einlegen kann, ist für kleinere Länder allerdings von Nachteil, da sie nicht genügend Delegierte haben, die an der Vielzahl von Sitzungen zu allen Verhandlungsthemen teilnehmen können. Zusätzlich finden eine Reihe von exklusiven Gesprächsrunden, zu denen nur geladene Mitglieder Zutritt haben („green room“-Gespräche) und Mini-Ministerkonferenzen mit handverlesenen Teilnehmern neben den offiziellen Verhandlungen statt. Debatten werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt und ein reger Kuhhandel findet hinter den Kulissen statt. Und schließlich sind viele Entwicklungsländer dem Druck und den Drohungen größerer WTO-Mitglieder ausgesetzt und vermeiden deshalb direkten Widerspruch. Tatsächlich ist die WTO von einer Vielzahl informeller und intransparenter Verfahren gekennzeichnet, bei denen der Einfluss großer Konzerne nicht zu unterschätzen ist.

Bereits im GATT (General Agreement on Tariffs and Trade – allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) wurde ein spezieller Ausschuss für Handel und Entwicklung eingerichtet, in dem über die spezifischen Probleme der Entwicklungsländer im Welthandel diskutiert wurde. Er war in der Vergangenheit kein Forum für wirkliche Verhandlungen, sondern begleitete die Verhandlungsrunden aus einer Entwicklungsperspektive. Er spielte allerdings eine Rolle, als die sogenannte „Ermächtigungsklausel“ (Enabling Clause) beschlossen wurde. Diese Klausel erlaubt es den Industrieländern, spezielle Handelserleichterungen für Entwicklungsländer im Rahmen von Allgemeinen Präferenzsystemen (APS) zu gewähren, ohne sie als Folge der Verpflichtung zur Meistbegünstigung auf andere Industrieländer ausweiten zu müssen. Das System der Vorzugsbehandlung (Special and Differential Treatment, SDT) im GATT lässt sich als Versuch beschreiben, Entwicklungsländern einen verbesserten Marktzugang einzuräumen und sie gleichzeitig

von weitgehenden Verpflichtungen zur Öffnung ihrer eigenen Märkte auszunehmen.

In den WTO-Verträgen wird ausdrücklich zwischen Entwicklungsländern und LDC differenziert, wobei für letztere weiter verlängerte Übergangsfristen, mehr technische Unterstützung und geringere, in selteneren Fällen gar keine Reduktionsziele für Zölle und Subventionen festgelegt sind. Der Grundsatz, dass sie alle Abkommen unterzeichnen und anwenden müssen, gilt jedoch auch für LDC. Die EU gewährt den LDC im Rahmen ihres APS seit 2001 zoll- und quotenfreien Marktzugang für alle Produkte („Everything But Arms“-Initiative). Für besonders „sensible“ Produkte wie Zucker und Reis wurde eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2008 vereinbart. Um auf die besonderen Probleme der am wenigsten entwickelten Länder einzugehen, wurde nach Gründung der WTO ein spezieller Unterausschuss für LDC eingerichtet. Das WTO-Sekretariat in Genf bietet zudem verschiedene Kurse über Verhandlungstechniken für Regierungsvertreter von Entwicklungs- und Transformationsländern in seinem „Institute for Training and Technical Cooperation“ an.

### **Chancen und Risiken für Entwicklungsländer**

Im Rahmen der Doha-Verhandlungsrunde wurde jedoch eine grundlegende Überprüfung des Systems der Vorzugsbehandlung beschlossen, eigentlich mit dem Ziel, diese wirksamer und effektiver zu machen. Diese Aufgabe wurde dem Komitee für Handel und Entwicklung übertragen, das damit erstmals zu einem echten Verhandlungsforum wurde – bislang allerdings noch ohne sichtbare Fortschritte. Seit der Einführung der WTO wurde das System des Systems der Vorzugsbehandlung (SDT) insgesamt eher geschwächt. Statt von Verpflichtungen weitgehend ausgenommen zu sein, müssen Entwicklungsländer nun alle Abkommen umsetzen, verbunden mit letztlich unverbindlichen Zusagen, sie dabei zu unterstützen.

Nach dem Scheitern von Cancún wird die Debatte um Chancen und Risiken für Entwicklungsländer in der WTO teilweise überlagert durch eine Diskussion, die die prinzipielle Überlegenheit eines multilateralen Handelssystems im Vergleich zu bilateralen Abkommen hervorzuheben sucht. In dieser Perspektive drohen die besonderen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer in der WTO aus dem Blick zu geraten. Denn ein multilaterales System wie die WTO, so das Argument, sei gerade für die kleineren und schwächeren Länder erheblich besser geeignet, ihre Interessen einzubringen. Es erlaube Koalitionen und Bündnisse – und die Chancen

eines kleinen Entwicklungslandes für bessere Regeln seien im WTO-Rahmen erheblich günstiger als dies bei bilateralen Verhandlungen der Fall sei.

Tatsächlich kommen entsprechende Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass bilaterale Handelsabkommen (zum Beispiel die EU-AKP-Wirtschaftsabkommen „Economic Partnership Agreements“ EPAs) für Entwicklungsländer in der Regel keine günstigeren Bedingungen bereit halten – im Gegenteil: Sie gehen oft über WTO-Verpflichtungen hinaus. Allerdings taugt dies noch nicht als Beleg für die These, dass die Interessen und Bedürfnisse von Entwicklungsländern in der WTO gut aufgehoben wären. Sehr viel mehr spricht für die Schlussfolgerung, dass das eine wie das andere Entwicklungsanliegen nicht sonderlich zuträglich ist.

Der multilaterale Verhandlungsrahmen in der WTO ist für viele Entwicklungsländer damit nur eine von mehreren Verhandlungsebenen, wo sie herausgefordert sind, den Ansprüchen der Industrieländer zu begegnen und ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Und in der Tat sind die Benachteiligungen von Entwicklungsländern in der WTO vielfältig. Das GATT, das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, der Vorläufer der WTO, war ein Club der Reichen, und diese Orientierung hat auch die Welthandelsorganisation bislang nicht wirklich überwinden können. Gleichzeitig sind die Entwicklungsländer mit Gründung der WTO sehr viel stärker als noch im Rahmen des GATT-Systems in internationale Handelsregeln eingebunden, ohne dass dies mit einer entsprechend stärkeren Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse einherginge. Besonders augenfällig ist dieses Missverhältnis beim Übergang vom GATT zur WTO festzumachen: Während aus Sicht der Entwicklungsländer tatsächliche Verbesserungen ihrer Handelsbedingungen in den Bereichen Agrar- und Textil ausblieben, gingen sie weitreichende Verpflichtungen im Handel mit Dienstleistungen und im Schutz von Rechten an geistigem Eigentum ein. Dazu kommt, dass der Streitschlichtungsmechanismus, der ihre Position gegenüber den Industrieländern theoretisch stärken könnte, aus Kapazitätsgründen und Kostenerwägungen nur von wenigen Entwicklungsländern genutzt werden kann. Und auch mit Blick auf ihre Möglichkeiten der Einflussnahme steht der Theorie eine ernüchternde Praxis gegenüber: Das Konsensprinzip, wie es in der WTO gehandhabt wird, benachteiligt kleinere und ärmere Länder, die nicht in der Lage sind, alle Verhandlungs- und Gesprächsarenen adäquat wahrzunehmen.

Trotz dieses Befundes gibt es von vielen Entwicklungsländern immer wieder ein erneuertes Bekenntnis zur WTO. Dies mag verwundern, hat jedoch eine Reihe von Gründen. Zum einen ist die WTO-Mitgliedschaft für viele Entwicklungsländer ein wichtiges Kriterium für Verhandlungen mit Weltbank, Internationalem Währungsfonds und bilateralen Gebern. Gerade wenn es um neue Kredite geht, kann eine WTO-Mitgliedschaft hilfreich sein, nicht zuletzt, weil die Industrieländer alle internationalen Organisationen auch als Instrumente zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen. Zudem wird die Mitgliedschaft in der WTO von vielen multinationalen Unternehmen als Kriterium für die Auswahl von Produktions- und Investitionsstandorten betrachtet.

Zweitens scheint zur Zeit keine wirkliche Alternative zur WTO in Sicht. Bilaterale Abkommen mit Industrieländern bieten keinen Ausweg, sondern nur einen anderen und womöglich schnelleren Pfad zu ähnlichen Ergebnissen. Reine Süd-Süd-Abkommen sind im Prinzip zu begrüßen, bringen aber keinen Zugang zu den Märkten des Nordens, wo die größte Nachfrage herrscht. Und schließlich mögen oftmals auch symbolische Gründe eine Rolle dafür spielen, warum eine Regierung des Südens Mitglied in der WTO ist. Einfach dazuzugehören, um auf diplomatischem Parkett nicht in dieselbe Kategorie wie Nordkorea eingeordnet zu werden, mag hier und da durchaus eine Rolle spielen.

Den Risiken in der WTO stehen somit aus der Sicht von Regierungen kaum erfolgversprechende Alternativen gegenüber. Von daher stellt sich für sie die Herausforderung, die WTO selbst zu verändern. Der Schlüssel dafür scheint in der Demokratisierung der Welthandelsorganisation zu liegen.

Die Erfahrungen der drei Ministerkonferenzen (Seattle 1999, Doha 2001 und Cancún 2003) belegen, dass die Chancen der Entwicklungsländer, ihre Interessen durchzusetzen steigen, wenn sie gemeinsam und koordiniert auftreten. Auf diese Weise kann es gelingen, in der WTO das Prinzip zu durchbrechen, wonach gleiche Regeln für alle gelten sollen und stattdessen Bestimmungen durchzusetzen, die tatsächlich den kleineren und schwächeren Mitgliedern besondere Rechte und Möglichkeiten einräumen. Dass dies angesichts des Droh- und Druckpotentials der Industrieländer und der mannigfaltigen Konkurrenzverhältnisse unter den Entwicklungsländern leichter gesagt als getan ist, liegt auf der Hand. Dennoch: In und nach Cancún ist es den Entwicklungsländern zum ersten mal gelungen, die Agenda der Länder des Nordens zu stoppen und ihr

eigene Interessen positiv entgegenzuhalten. Ob damit automatisch immer auch die Bedürfnisse der Armen ausreichend zur Geltung kommen, sei hier einmal dahingestellt.

Die Verantwortung, in der Welthandelspolitik neben den Interessen der Industrieländer auch die Positionen der Regierungen des Südens kritisch auf ihre Auswirkungen auf die Armen hin zu befragen, liegt bei der Zivilgesellschaft, bei Kirchen und Nichtregierungsorganisationen. Dem Anliegen, allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, muss öffentliches Interesse verschafft werden. Wir benötigen eine breite Debatte, die das Bewusstsein in unserer Gesellschaft dafür schärft, dass die derzeitigen Welthandelsregeln zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigungen führen. Dabei ist die Frage, ob wir die WTO besser abschaffen oder umbauen, sekundär. Entscheidend ist, dass die Regeln gerecht sind, indem sie die Schwachen schützen und so die Chancen dafür erhöhen, dass alle Menschen an den Gütern dieser Erde teilhaben können.

### **Die WTO aus der Perspektive der NGOs im Süden**

NGOs aus dem Süden klagen die Industrieländer an, die WTO für ihre Interessen zu benutzen. Die schwächeren Verhandlungskapazitäten der Entwicklungsländer, das Ausnutzen ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit vom reichen Norden, der über Entwicklungshilfe und Umschuldung entscheidet, und vor allem auch die undemokratische Verhandlungspraxis in der WTO selbst – all dies gibt den Rahmen für die ungerechten Handelsbedingungen zu Lasten der Armen.

Im Vorfeld der Konferenz in Hongkong drehten sich die Verhandlungen nur um den Marktzugang für Dienstleistungen, Industrie- und Agrargüter, nicht aber um das Hauptanliegen des Südens: Entwicklung. Die Entwicklungsländer fordern jedoch genau das: Entwicklung sollte das Kernstück der WTO-Politik werden und die Entwicklungsauswirkungen aller Beschlüsse sollten zuvor bewertet werden. Ökonomisch gesehen kommt es auf die für jedes Land individuell richtige Mixtur zwischen Marktöffnung und Marktschutz an. Dazu bedarf es multilateraler Regeln, die Flexibilität gestatten. Ungleiche gleich zu behandeln, zum Beispiel mit dem „level playing field“ als einem der WTO-Paradigmen, erzeugt Ungerechtigkeit. Eine gerechte Handelspolitik wird nicht umhinkommen, Marktschutzmechanismen auch anderen zuzugestehen. Machtpolitisch mag die Strategie der EU und auch der USA durchaus kon-

sequent sein, wenn sie auf die Öffnung der Märkte drängen, wo sie selbst ökonomisch überlegen sind, und in anderen Bereichen Schutzmechanismen suchen. Für ein multilaterales Handelssystem, das auf einen Interessenausgleich angewiesen ist, ist solche Strategie kaum geeignet.

Und schließlich sollten Entwicklungsländer mehr Spielräume erhalten. Warum sollen sie nicht bestimmte Praktiken anwenden können, die die Industrieländer in der Phase ihrer Industrialisierung selbst auch nutzten, wie beispielsweise Kapitalverkehrskontrollen, weniger strengen Patentschutz und Auflagen für ausländische Investoren?

Quellen:

„Verraten und Verkauft“, *Entwicklungsländer in der WTO*, EED 2005

„In Cancun gestrandet“, *Welthandelspolitik im Nord-Süd-Konflikt*, EED 2004

„Das NAMA-Drama“, *Wie die WTO-Verhandlungen über Industriegüter Umwelt und Entwicklung bedrohen*, EED 2005

„Nach dem Scheitern“, *Die Doha-Runde zwischen Intensivstation und Krematorium*, EED 2006

„Stimmen des Südens“, *WTO-Zeitschrift*, EED 2005

## WTO-Konferenzen von 1994-2006

### Uruguay 1994

Versprechungen der Industrieländer zum Abbau ihrer handelsverzerrenden Subventionen im Agrarsektor. Im Gegenzug mussten die Entwicklungsländer ein neues Abkommen über geistige Eigentumsrechte (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights TRIPS) akzeptieren. Die Zugeständnisse der Industrieländer sind jedoch kaum eingehalten worden.

### **Singapur 1996**

Auf der 2. WTO-Ministerkonferenz 1996 in Singapur drängten die Industrieländer die Entwicklungsländer zu Verhandlungen von neuen Themen mit dem Ziel zusätzlicher WTO-Abkommen. Die neuen Themen sind Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und administrative Handelserleichterungen. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen sollte in Cancún getroffen werden, fiel jedoch erst im Rahmen des sogenannten Juli-Pakets (s. Cancun 2003).

### **Seattle 1999**

Die Frustration fast aller Entwicklungsländer mit den Ergebnissen der Uruguay-Runde und die Schwierigkeiten, ihre Themen in der WTO auf die Tagesordnung zu setzen und Ergebnisse in ihrem Sinne zu erzielen, führte sie dazu, ihren Ansatz zu überdenken. Ein wichtiger Meilenstein in diesem Prozess war das Scheitern der Ministerkonferenz in Seattle 1999. Dort wurde erstmals so etwas wie eine „Veto-Macht“ der Entwicklungsländer deutlich – wenn auch im Rahmen einer schlecht vorbereiteten und auch von Meinungsverschiedenheiten zwischen EU und USA gekennzeichneten Konferenz.

### **Doha/Katar 2001**

Doha wurde 2001 als sogenannte „Entwicklungsrunde“ (Doha Development Agenda, bis 2005) ausgerufen. Der Begriff Doha-Entwicklungsrunde bezeichnet das gesamte Paket der auf der 4. WTO-Ministerkonferenz vereinbarten Verhandlungen. Die Verhandlungsrunde sollte die Interessen der Entwicklungsländer in den Mittelpunkt rücken. Dieses Versprechen der Industrieländer wurde jedoch bislang nicht eingelöst. (Das Third World Network <http://www.twinside.org.sg> bezeichnete das Ergebnis von Doha ein als „Everything but Development“.)

### **Cancun/Mexiko 2003**

Die 5. WTO-Ministerkonferenz (2003) in Cancún scheiterte neben Konflikten im Bereich Landwirtschaft vor allem daran, dass die Entwicklungsländer ihre Zustimmung zu Verhandlungen im Bereich der neuen Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen, administrative Handelserleichterungen) verweigerten. Sie befürchteten eine Überfrachtung der WTO und des Verhandlungsprozesses mit handelsfremden Themen. Dieser Streit ist mit dem Juli-Paket insofern vom Tisch, als geklärt ist, dass in drei Bereichen Verhandlungen als Teil der laufenden Runde nicht



stattfinden sollen. Nur in der Frage administrativer Handelserleichterungen haben sich die Industrieländer durchsetzen können. Im Agrarsektor stellten die Entwicklungsländer weitreichende Forderungen nach Marktzugang und drastischem Subventionsabbau, denen die EU und USA nicht nachkommen wollten. Insgesamt koordinierten sich die Entwicklungsländer sehr viel besser untereinander, vor allem im Rahmen regionaler Zusammenschlüsse wie der afrikanischen Gruppe.

(Das Juli-Paket ist die gemeinsame Erklärung der WTO-Mitglieder vom Juli 2004, die nach dem Scheitern von Cancún Eckpunkte für den weiteren Verhandlungsverlauf festhält. Wichtigstes Ergebnis ist, dass von den neuen Themen die Bereiche Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen in der laufenden Runde nicht verhandelt werden. Verhandlungen gibt es lediglich im Bereich der administrativen Handelserleichterungen. Darüber hinaus wurden auch Eckpunkte für die weiteren Agrarverhandlungen vereinbart.)

### **Hongkong 2005**

Wichtigstes Ergebnis der WTO-Konferenz in Hongkong war die Zusage der EU, die marktverzerrenden Agrarexportsubventionen bis zum Jahr 2013 endgültig abzuschaffen. Als Gegenleistung für diesen relativ kleinen Fortschritt im Agrarsektor werden Entwicklungsländer unter Druck gesetzt, ihre Märkte weit und für immer für industrielle Produkte der ausländischen Konkurrenz zu öffnen. Zollobergrenzen (gebundene Zölle) mussten in einigen Ländern bis zu 70% gesenkt werden, ohne die Möglichkeit, Zölle später wieder zu erhöhen, falls das für notwendig erachtet wird. Statt der Interessen der Entwicklungsländer standen vielmehr die möglichen Gewinne multinationaler Konzerne und der Regierungen des Nordens im Mittelpunkt.

Ein Großteil des Dienstleistungsabkommens (General Agreement on Trade in Services GATS) konzentriert sich auf die Beseitigung von Handelshemmnissen, wie z.B. nationale Vorschriften zum Schutz des Allgemeinwohls. In Hongkong einigte man sich auf einen sehr straffen Zeitplan für den Abschluss der Verhandlungen. Kurz vor Hongkong wurde ein Abkommen über TRIPS zum Abschluss gebracht. Es beinhaltet eine dauerhafte Ausnahmeregelung für Entwicklungsländer, die ihnen den Import von Generika ermöglicht, sofern sie nicht die Möglichkeit haben, diese selbst herzustellen. Das Prozedere ist jedoch so bürokratisch, dass bislang kein Land seit der Verabschiedung im Jahr 2004 von der Ausnahmeregelung Gebrauch gemacht hat (Oxfam 2006).

Quellen:

„Verraten und Verkauft, Entwicklungsländer in der WTO“, EED 2005

„In Cancun gestrandet“, EED 2004

„WTO: Stimmen des Südens“, EED 2005

„Das NAMA-Drama“, EED 2005

„Nach dem Scheitern“, EED 2006

„Die Doha-Runde zwischen Scheitern und Verlängerung“, Weltwirtschaft&Entwicklung, Oxfam 2006

### **Das Scheitern der letzten Doha-Runde im Juli 2006**

Im Kern scheiterten die Gespräche an dem Agrar-Zwist der Reichen und der Armen. Die Entwicklungsländer wollen ihre Märkte für Industriegüter aus dem Norden erst dann öffnen, wenn die reichen WTO-Mitglieder ihren Agrarprotektionismus entschieden abbauen. Wegen der Blockade in den Agrarverhandlungen ist, zumindest formal, auch keine nennenswerte Bewegung in den anderen wichtigen Verhandlungsbereichen, insbesondere bei NAMA und Dienstleistungen (GATS) erreicht worden.

Allerdings ist ein erfolgreicher Abschluss der WTO-Gespräche nun auch wegen der US-Innenpolitik praktisch ausgeschlossen. Mitte 2007 läuft die vom Kongress erteilte Handelsvollmacht der US-Regierung (Trade Promotion Authority, TPA) aus. Ohne dieses Mandat des Präsidenten für die Aushandlung von Handelsverträgen ist der politische Spielraum der US-Regierung erheblich eingeschränkt, was die Verhandlungen insgesamt noch langwieriger und schwieriger machen würde. Sind jedoch im Frühjahr 2007 die Grundzüge für ein Abkommen erkennbar, könnte die US-Regierung eine Verlängerung der TPA beantragen. Unter diesem Vorzeichen streben die USA nun möglichst konkrete Ergebnisse an und fordern eine noch stärkere Öffnung der Agrar- und Industriegütermärkte in Europa und den Entwicklungsländern. In diesem Falle würde die EU jedoch auf weitgehenden Zollsenkungen bei den NAMA-Verhandlungen bestehen, was in vielen Entwicklungsländern negative Konsequenzen für arbeitsintensive Industrien hätte.

*Gitta Röth*

# WTO: Die „Regeln der Reichen“ in der Krise

Alexis Passadakis

## Von Kollaps zu Kollaps

„Alle Gespräche in allen Verhandlungsgruppen der WTO werden auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.“ Mit diesen Worten musste Pascal Lamy, der ehemalige EU-Handelskommissar und aktuelle WTO-Generaldirektor am 24. Juli dieses Jahres öffentlich bekannt geben, dass bis auf weiteres ein Abschluss der Doha-Runde nicht zu erwarten sei. Noch ist allerdings bei der Frage Vorsicht angeraten, ob die nun de facto seit sieben Jahren laufenden Verhandlungen endgültig gescheitert sind. Schließlich kollabierten die Gespräche bereits zweifach spektakulär – 1999 in Seattle und vier Jahre später im mexikanischen Cancún. Trotzdem ist klar, dass die Doha-Runde in sehr schwieriges Fahrwasser geraten ist und möglicherweise vor dem Untergang steht. Diese Situation bewertet der philippinische Globalisierungskritiker Walden Bello von der NGO Focus on the Global South als „das Beste, was den Entwicklungsländern seit langer Zeit passiert ist.“ Der globalisierungskritische Vordenker hat Recht, wenn er die ärmsten Länder meint und die Menschen mit Niedrigeinkommen überall auf der Welt. Ein WTO-Abkommen wäre für Arme in jedem Fall ein schlechter Deal gewesen. Denn die WTO ist keine Institution für soziale und umweltgerechte Entwicklung, sondern eine Organisation, deren Aufgabe die Liberalisierung von Märkten und die Festschreibung von Eigentumsrechten ist – zugunsten transnationaler Konzerne.

## Die WTO als Weltwirtschaftsverfassung

Schließlich ist die zentrale Aufgabe der WTO die internationale, rechtliche Absicherung optimaler globaler Handlungsspielräume für transnationaler Unternehmen. Marktzugangsmöglichkeiten und Investitionen sollen bis auf unabsehbare Zeit durch ein multilaterales Regelwerk, das quasi als globale Wirtschaftsverfassung fungiert, festgeschrieben werden. Denn: hinter einmal eingegangene Verpflichtungen gibt es kein zurück. Selbst wenn zum Beispiel in Brasilien die Deutsche Bank und HSBC bereits jetzt ihre Niederlassungen haben können, möchten sie sicher gehen, dass auch in der Zukunft ihr Kapital unter ihrer unbeschränkten Verfügung bleibt und keine staatlichen Maßnahmen ihren Spielraum einschränken. Der Politikwissenschaftler

Alexis J. Passadakis ist Campaigner bei Gerechtigkeit Jetzt! und aktiv bei Attac.

Kontakt:  
Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne  
Am Michaelshof  
8-10,  
53177 Bonn  
Tel 0228 - 368 1010  
Fax 0228 - 923 993 56  
passadakis  
@gerechtigkeit-jetzt.de  
www.gerechtigkeit-jetzt.de

Stephen Gill nennt diesen Prozess des Einschließens („lock in“) neoliberaler Prinzipien in quasi unabänderliche rechtliche Regelwerke „Neo-Konstitutionalismus“. Ähnlich der bürgerlichen Verfassungsbewegungen im 19. Jh. versucht heute eine neu entstehende Klasse – eine transnationale kapitalistische Klasse – ihre Interessen festzuschreiben. Wegen dieser Chance, bis in die ferne Zukunft einen rechtlichen Rahmen aufzustellen, der allein auf weitere Profitmöglichkeiten hin orientiert ist und gesellschaftliche Ansprüche – ökologische, soziale, demokratische – außen vor hält, sind Unternehmen bereit, kostspielige jahrelange Lobbyaktivitäten zu organisieren. Hartnäckig verfolgen sie immer wieder neue Abkommen mit ihren „Regeln der Reichen“. Und diese Strategie war und ist sehr erfolgreich: Denn drei der vier grundlegenden Abkommen der Welthandelsorganisation wurden von großen transnationalen Konzernen und ihren Verbänden konzipiert. Beim Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) spielten Citi Corp. und American Express eine zentrale Rolle, das Agrarabkommen (AoA) ist nicht ohne die tätige Beihilfe von Cargill, eines der weltweit größten Agrar-Unternehmen, zu verstehen, und bei der Entstehung des Übereinkommens zu geistigem Eigentum TRIPS (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) hatten der Pharma-Konzern Pfizer und IMB die Federführung.

Wegen der Reichweite ihrer Abkommen ist es irreführend, die WTO allein auf Fragen des Handels zu verkürzen. Denn weit darüber hinaus betrifft die WTO eine unüberschaubare Zahl von staatlichen Regelungen und trägt somit zum neoliberalen Umbau von Staatlichkeit auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene entscheidend bei. Staatliche Strukturen sollen demnach immer weniger an sozialen Bedürfnissen orientiert sein, sondern für die Herstellung eines günstigen Standorts sorgen. Und ein günstiger Standort bedeutet z.B. die Streichung von nicht-tarifären Handelshemmnissen. De facto stellt die WTO eher eine Weltwirtschaftsverfassung dar als eine Welthandelsorganisation.

Die konkreten Verhandlungen werden allerdings im wesentlichen nicht von Konzernen, sondern von den Mitgliedstaaten der WTO geführt. Die veränderte Geographie von Globalem Handel und Produktion resultierte in den vergangenen Jahren in dem Aufstieg der großen Schwellenländer und führte damit auch zu veränderten Machtverhältnissen in der WTO. Staaten wie z.B. Indien, Brasilien und China verhindern einen Durchmarsch des Nordens in den Verhandlungen. Vielmehr verfolgen sie eigene offensive Exportstrategien: Die internationale Freihandelspolitik wird multipolarer. In die-

ser Konfliktkonstellation ist die eigentliche Ursache der aktuellen WTO-Krise zu sehen.

### **Exportgut aus Deutschland: Armut**

Trotz der veränderten Kräftekonstellation sind es jedoch weiterhin die Regierungen des Nordens, die die aggressivsten Liberalisierungspläne in der WTO Schritt für Schritt durchzusetzen versuchen. Wichtige hartnäckige Lobbyisten sind zum Beispiel die amerikanische National Association of Manufacturers (NAM) und UNICE, der europäische Arbeitgeberverband. Denn die multinationalen Unternehmen und ihre Verbände versprechen sich enorme Gewinnmöglichkeiten, insbesondere in den drei großen Schwellenländern Indien, Brasilien und China. In einem gemeinsamen Schreiben vom 16. Juni 2006 forderten sie den US-Präsidenten Bush und den EU-Kommissionspräsidenten Barroso auf, dass »[...] the U.S. and EU should jointly state that their agricultural offers are time limited and totally contingent upon willingness of those countries to make substantial cuts in their applied tariffs on manufactured goods [...] and elimination of non-tariff barriers (NTBs), and to make meaningful improvements in services market access« (NAM/UNICE 2006).

In der europäischen Union wiederum gehört die deutsche Bundesregierung zu den Hardlinern unter den Regierungen: So unterstützten Wirtschaftsminister Glos und Landwirtschaftsminister Seehofer zum Beispiel die EU-Kommission bei der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong dabei, in den Agrarverhandlungen bis zum letzten Moment das Enddatum für das Auslaufen der EU-Exportsubventionen zurückzuhalten.

Denn das deutsche Hauptinteresse liegt in weit reichenden Marktöffnungen der Schwellenländer bei dem Marktzugang für nicht-agrarische Güter NAMA (Non-Agricultural Market Access) und GATS. Dies ist auch kein Wunder, ist die BRD als »Exportweltmeister« doch extrem vom Weltmarkt abhängig. Deutschland exportierte 2003 Güter im Wert von ca. 760 Mrd. Euro (ungefähr doppelt soviel wie noch 1989) und damit mehr als jedes andere Land. Für das Jahr 2005 wurde der weltweit höchste Exportüberschuss von 160,5 Mrd. US-Dollar erzielt.

Mit diesem Export von Waren geht allerdings auch die Ausfuhr von etwas anderem einher: Arbeitslosigkeit und Armut. Denn um diesen enormen Exportüberschuss zu erzielen, müssen andere Produzenten weltweit niederkonkurriert bzw. deren Entstehung im Keim verhindert werden. Die Marktöffnungspolitik der WTO ist dazu ein passables Mittel: In der BRD ansässige multinationale Konzer-

ne erhalten verbesserten Zugang zu anderen Wirtschaftsräumen und können dort ihre ökonomische und politische Macht ausweiten. Bei den angesichts der deutschen Exportstruktur mit einem großen Schwerpunkt auf insbesondere Maschinen und Autos herausragend wichtigen NAMA-Verhandlungen zielt der Bund Deutscher Industrie (BDI) auf die großen Entwicklungsländer China, Brasilien, Indien, Malaysia, Thailand, Indonesien, Philippinen, Argentinien, Pakistan, Kolumbien und Venezuela: »Der BDI erwartet von der Bundesregierung und der EU, [...] gezielt über den Zugang zu diesen Märkten zu verhandeln, um die internationalen Marktchancen der Unternehmen zu verbessern« (BDI 2006).

## **Die Multi-/Bi-Strategie**

Die aktuelle Krise der WTO führt dazu, dass viele Staaten die bereits seit langem verfolgte Strategie zum Abschluss bilateraler Handelsverträge – neben der multilateralen WTO-Ebene – stärker akzentuieren. Neben den bereits seit einigen Jahren laufenden Verhandlungen über regionalen Freihandelsabkommen EPAs (Economic Partnership Agreements) zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik-Ländergruppe) und einigen weiteren bilateralen Prozesse verfolgt die EU nun insbesondere gegenüber den asiatischen Staaten seit Oktober 2006 eine neue Strategie namens „Global Europe“. Was auf WTO-Ebene z.Z. schwierig erscheint soll auf diesem Wege durchgesetzt werden: größere Handlungsspielräume der Unternehmen auf den zentralen Wachstumsmärkten; soziale, entwicklungspolitische und ökologische Anliegen kommen darin nicht vor.

Aber auch bei der WTO ist die Gefahr eines Abschlusses der Runde noch nicht gebannt. Seit November 2006 wurde der Verhandlungsfaden auf niedrigem Level wieder aufgenommen. In den kommenden Monaten wird daher für die kritische Zivilgesellschaft der G8-Gipfel bei Rostock Anfang Juni einen Anlass bieten für Alternativen zu diesem ungerechten Weltwirtschaftssystem einzutreten.

*Kürzlich erschienen: Passadakis, A. (2006) Keine Tränen für Doha – Die Antientwicklungsrunde der WTO vor dem Aus? – Zeit für Alternativen, WEED e. V. - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung.*

## Afrikanische Länder in der Welthandelsorganisation WTO

Die Afrikanische Gruppe besteht aus den afrikanischen WTO-Mitgliedern und ist durch die Unterstützung des Sekretariats und der Vertretung der Afrikanischen Union in Genf gut organisiert. Zudem sind auch die regionalen Kooperationsstrukturen in West-, Ost- und Südafrika eingebunden.

Die Botschafter der afrikanischen Gruppe treffen sich regelmäßig in Genf – in der Vorbereitungsphase zu Ministerkonferenzen sogar wöchentlich – und bereiten gemeinsame Stellungnahmen und Dokumente vor. Die afrikanischen Handelsminister treffen sich ebenfalls regelmäßig, um ihre Positionen abzustimmen. Die Gruppe wird jeweils für ein Jahr von einem Land koordiniert, darüber hinaus gibt es Koordinatoren für spezielle Themen wie Landwirtschaft, nicht-landwirtschaftliche Produkte (Non-Agricultural Market Access NAMA) oder Entwicklung.

Die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder besteht aus den 32 WTO-Mitgliedern, die von der UN als am wenigsten entwickelte Länder (Least Developed Countries LDC) eingestuft werden. Diese Gruppe ist schon seit den 70er Jahren in der WTO aktiv und konnte so politisches Profil gewinnen. Die Anerkennung der besonderen Bedürfnisse der LDC, spezielle Bestimmungen für LDC im Rahmen von SDT (Special and Differential Treatment – bevorzugte Behandlung) und Programme wie der „Integrated Framework“ gehen auf ihre Initiative zurück. Ähnlich wie in der afrikanischen Gruppe treffen sich auch die Vertreter der LDC regelmäßig. Dagegen verfügen sie jedoch über keine administrative Struktur. Sie profitieren vielmehr von der analytischen Unterstützung durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development UNCTAD) und logistischer Hilfe durch die WTO etwa in Form von Tagungsräumen. Diese Möglichkeiten bestanden auch bei der Ministerkonferenz in Cancún und trugen beträchtlich zur Abstimmung der LDC untereinander und zu ihrer Koordination mit der Afrikanischen Gruppe und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik-Ländergruppe) bei.

Die Gruppe der AKP-Staaten besteht aus 79 Entwicklungsländern in Afrika, der Karibik und dem Pazifik, die mit der EU durch eine spezielle Vereinbarung, dem sogenannten Cotonou-Abkommen, verbunden sind. Von den AKP-Ländern sind 54 Mitglied

*\*aus: „Verraten und Verkauft“, Entwicklungsländer in der WTO, EED 2005*

der WTO. Um ihre Koordination zu verbessern, eröffnete die AKP-Gruppe 2002 ein Sekretariat in Genf. Die formelle Zusammenarbeit zwischen den Botschaftern in Genf scheint allerdings weniger ausgeprägt zu sein als die in der Afrikanischen Gruppe und unter den LDC.

Die „Große Allianz“ hat keinen offiziellen Namen. Einige bezeichnen sie als „Tripartite Alliance“ und der damalige EU-Handelskommissar Pascal Lamy nannte sie häufig G-90. Die Gründe für die enge Zusammenarbeit von Afrikanischer Gruppe, LDC-Gruppe und AKP-Gruppe sind zuvorderst in der Überschneidung ihrer Mitgliedschaft zu suchen: 31 afrikanische Staaten gehören zu allen drei Gruppen. Auf den Ministerkonferenzen von Doha und Cancún traten die Allianz-Mitglieder relativ einheitlich auf. Vor allem in Cancún hatte ihre eindeutige Haltung gegen die Erweiterung der WTO um neue Aufgabenbereiche wie Investitionen und Wettbewerb entscheidenden Einfluss auf den Ausgang der Konferenz. Auf der Konferenz und auch danach konnte kein Konsens über den Beginn von Verhandlungen zu diesen Themen erzielt werden, so dass mit Ausnahme administrativer Handelserleichterungen kein neuer Themenbereich in die WTO integriert wird.

## Tanzanias Handelspolitik und Rolle in der WTO

*zusammengefasst von Gitta Röth*

*Dr. Gitta Röth, Agraringenieurin/-soziologin und arbeitete 2006 für das Tanzania-Network.de. Hier betreute sie das Programm „Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Tanzania und Deutschland“.*

Tanzania ist in verschiedenen Gruppen der WTO vertreten. Die wichtigste davon ist die „Großen Allianz“ der G90, in der alle AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik-Ländergruppe mit 79 Ländern) und alle LDC-Länder (am wenigsten entwickelte Länder – Least Developed Countries mit 32 Ländern) vertreten sind, zu denen auch Tanzania gehört. Sie vertritt defensive Schutzinteressen, nicht zuletzt, da alle Länder vom Abbau bisher einseitig gewährter Handelspräferenzen bedroht sind. Viele der Länder schlagen vor, die Präferenzen solange zu erhalten, bis der Norden seine Agrarsubventionen abgebaut hat, die auf dem Weltmarkt die Rohstoffpreise drücken.



Tanzania ist auch Mitglied in der G20, einer Koalition von Ländern, die z.T. aggressive Exportinteressen und allgemein defensive Schutzinteressen im Agrarbereich vertreten. Sie fordert die Abschaffung aller Exportsubventionen, den Abbau anderer handelsverzerrender Subventionen und einen besseren Marktzugang im Norden. Sie hat kürzlich einen Kompromissvorschlag zu Zollsensenkungen vorgelegt, der weithin als Basis weiterer Abstimmungsprozesse angenommen wurde.

Außerdem ist Tanzania Mitglied in der G33, die sich für effiziente Schutzmöglichkeiten für Entwicklungsländer im Agrarbereich einsetzt. Die Gruppe ist der Hauptbefürworter von SP (Spezielle Produkte für die Ernährungssicherung und Sicherung der Existenzgrundlagen) und SSM (Spezieller Schutzmechanismus) und wird deshalb auch als „friends of special products“ bezeichnet. Entwicklungsländer, die ihre Zölle nicht tarifiziert haben und somit das Recht auf die spezielle Schutzklausel nicht nutzen konnten, fordern nun eine ähnliche Schutzregelung für sich, den SSM. Diese Regelung soll die Märkte der Entwicklungsländer vor Importfluten z.B. verursacht durch Dumping schützen.

Die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs), zu denen auch Tanzania gehört, sind in der WTO von vielen Verpflichtungen ausgenommen. Sie müssen die Zölle für Industrie- und Agrargüter nicht senken, und sie sind von den plurilateralen Forderungen im Dienstleistungsbereich ausgenommen. Trotzdem sind sie genauso, wenn nicht stärker von den Auswirkungen der unfairen Handelsregeln betroffen. Ohne ein adäquates Vorgehen gegen Exportdumping im Agrarbereich und ohne Ausweitung der Handelsmöglichkeiten, werden die LDCs weiter verlieren (Oxfam 2006).

Tanzanias Haltung in Sachen Handelsliberalisierung ist eher passiv bis ablehnend. Ein wesentliches Moment liegt darin, dass sich die betroffenen tansanischen Stellen schlicht überfordert sehen, den Anforderungen, die aus multilateralen, regionalen und bilateralen Handelsabkommen auf sie zu kommen, gerecht zu werden. In ihrem jüngsten Bericht gegenüber der WTO erklärte die tansanische Regierung die mangelnde Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus der Uruguay-Verhandlungsrunde mit dem „sehr begrenzten“ Verständnis und mangelndem Bewusstsein, die innerhalb des öffentlichen wie auch des privaten Sektors zu den WTO-Prozessen und ihren Implikationen vorherrschen. Es mangle an finanziellen, institutionellen, technischen und technologischen Voraussetzungen, um sich zunächst adäquat auf die Verhandlungen vorzubereiten und

dann entsprechende Maßnahmen zu ihrer Umsetzung zu ergreifen. Tatsächlich hat sich diese Problematik in den letzten Jahren für alle Entwicklungsländer verschärft. Immer neue Themen sind in die WTO-Runden zur Verhandlung aufgenommen worden, ohne dass andere deswegen als abgeschlossen gelten könnten. Zusätzlich drängt nun die EU-Kommission die Gruppe der AKP-Staaten, als Nachfolge für die einseitig den AKP-Staaten gewährten Handelszugeständnisse (Lomé-Präferenzen), über Freihandelsabkommen zu verhandeln, die auch der Europäischen Union (EU) einen besseren Marktzugang in Entwicklungsländern verschaffen. (s. auch die Texte zu EPAs in diesem Heft) Hierbei geht es nicht allein um den Abbau der Zölle, sondern um das Aushandeln eines ganzen Paketes handelsrelevanter Regelungen. Gerade die am wenigsten entwickelten Länder, darunter auch Tansania, können es sich jedoch nicht leisten, größere Delegationen nach Genf oder Brüssel zu entsenden, und so mangelt es in den dortigen Missionen regelmäßig an Handelsexperten. Im Falle Tansanias gehören die entsandten Regierungsvertreter dem Außenministerium an, die Koordination mit dem heimischen Handelsministerium läuft nur indirekt über das Außenministerium und das im Vergleich mit dem Handelsministerium wesentlich gewichtigere Finanzministerium.

Die personelle und finanzielle Ausstattung in den einzelnen Politikfeldern und die zügige Umsetzung von Maßnahmen ist letztlich aber auch in Entwicklungsländern vor allem eine Frage der Prioritätensetzung. In Tansania hat Handelspolitik derzeit keinen Vorrang. Andere Politikbereiche haben nicht zuletzt durch den Prozess der Erstellung einer Strategie der Armutsminderung, der Poverty Reduction Strategy nach dem Weltbankmodell entwicklungspolitisch den Vorrang erhalten: Gesundheit, Grundbildung und Wasserversorgung sind derzeit auch für die Geber die Schwerpunktbereiche der Kooperation. Nur wenige Geber widmen sich der eher mittelfristig ausgerichteten und überwiegend mit technischer und nicht mit finanzieller Hilfe zu unterstützenden Handelspolitik.

Die mangelnde Aufmerksamkeit für handelspolitische Belange in der Vergangenheit hat ihre Kosten. Seit Jahren genießt Tansania bei einer Reihe wichtiger Handelspartner handelspolitische Präferenzen, konnte diese bisher jedoch kaum für sich nutzen, und die erhoffte Diversifizierung der Produktion, die dazu führen sollte, dass mehr Fertigerzeugnisse mit höherer Wertschöpfung erzeugt werden, ist ausgeblieben. So sicherten die Lomé-Verträge den AKP-Staaten zollfreien Zugang zum EU-Markt, was teilweise eine deutliche Besserstellung gegenüber anderen Entwicklungsländern mit sich brachte. Während der planwirtschaftlichen Phase machte

Tansania davon jedoch nur wenig Gebrauch, während einige andere Länder dies etwa zum Ausbau ihrer Textil- und Bekleidungsindustrie nutzten. Auch bei den sogenannten Quotengütern wie Zucker, Reis oder Rindfleisch hatten tansanische Produzenten und Exporteure meist das Nachsehen; aufgrund von Angebots- und Vermarktungsschwächen wurden die tansanischen Quoten nicht ausgeschöpft.

Zur Gruppe der ärmsten Länder zählend kann Tansania seit 2001 unter der Everything-But-Arms-Initiative (Alles außer Waffen) vom faktisch unbegrenzten Marktzugang in die EU profitieren. Außerdem gehört es zu den Ländern, die unter dem neuen US-amerikanischen Gesetz African Growth and Opportunity Act (AGOA) eine Reihe von Produkten zollfrei in die Vereinigten Staaten liefern dürfen. Doch auch diese Erleichterungen haben kaum Bewegung in die Exporte gebracht. Insbesondere ist es Tansania nicht gelungen, mehr Wertschöpfung und die damit verbundenen Arbeitsplätze ins Land zu holen. Das verarbeitende Gewerbe spielt mit knapp acht Prozent bei den Exporten nur eine verschwindend geringe Rolle. Den Großteil der Exporte stellen mit rund 50 Prozent nach wie vor die traditionellen, weitgehend unverarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Kaffee, Tee, Baumwolle, Sisal, Tabak und Cashewnüsse. Alle diese Produkte unterlagen in den letzten Jahren den bekannten Schwankungen von Weltmarktpreisen und Witterungsverhältnissen. Vor allem die traditionsreiche Kaffeeproduktion ist nun bereits seit mehreren Jahren rückläufig und es besteht keinerlei Aussicht auf Besserung. Immerhin sind die nicht-traditionellen Agrarexporte wie Fisch und Fischprodukte, Schnittblumen und Gemüse leicht gestiegen.

Die bedeutendste Steigerung ging allerdings von den Bergbauerzeugnissen aus. Allein der Export von Gold brachte im Jahr 2002 rund 38 Prozent der tansanischen Exporteinnahmen und war auch im wesentlichen für das erzielte Exportwachstum verantwortlich. Kurzfristig verschafft dies dem Land zwar willkommene Erleichterung bei den Devisenreserven, doch mittel- bis langfristig birgt das schnelle und einseitige Exportwachstum mineralischer Rohstoffe immer die Gefahr mit sich, dass dadurch der Wechselkurs der nationalen Währung ansteigt und sich so die Exportpreise für andere Waren erhöhen. Das führt dann zu einer geringeren Ausfuhr in anderen Branchen (vgl. Regine Qualmann, 2003). Trotz eines steigenden Ausfuhrvolumens befindet sich die Handelsbilanz aufgrund sinkender Terms of Trade seit Jahrzehnten im Defi-

zit, weil die Preise der exportierten Rohstoffe tendenziell stagnieren oder sinken, während die importierte Technologie teurer wird. Angesichts ausbleibender ausländischer Direktinvestitionen ist die Wirtschaft also permanent auf sonstige Geldübertragungen angewiesen.

*Quellen:*

„Welthandelspolitik vor Hongkong: zwischen Multi- und Bilateralismus“, *WEED* 2005

„Die Handelspolitik in Tansania ist zu unklar, um Erfolg zu haben“, *Regine Qualmann* 2003

„Die Doha-Runde zwischen Scheitern und Verlängerung“, *Weltwirtschaft&Entwicklung, Oxfam* 2006

## Tanzania and the WTO\*

*Lucas N. Saronga*

### **Doha Development Agenda: Current State of Play**

#### **Agriculture & NAMA (Non Agricultural Market Access)**

Agriculture and NAMA are the most important issues and yet no modalities have been reached so far. Why is agriculture so important to Tanzania?

- It involves more than 80% of the labour force as compared to less than 10% in the developed countries;
- About 70% of its income is derived from agricultural products, a much higher dependence than in the case of developed countries which is less than 5%;
- Agriculture contributes more than 50% to GDP; and
- Livelihood as over 70% rural population (mainly small holder farmers) depends on farming.

LDCs (Least Developed Countries) including Tanzania stress that there has to be a strong development component in Agriculture and NAMA. Hence, implementation of the Duty-Free Quota-Free Market Access provisions for LDCs, and accompanying Rules of Origin, together with other Special and Differential Treatment provisions (S&DT), constitute this strong cross-

*Lucas Saronga ist Miniterialbevollmächtigter in der ständigen Vertretung Tanzanias in Genf und Handelsbeauftragter Tanzanias in den WTO-Verhandlungen.*

*Kontakt:  
Mr. Lucas N. Saronga,  
Tanzania Permanent Mission,  
47 Avenue Blanc,  
CH-1202 Geneva,  
Tel: +41 22 909 10 81,  
lsaronga@yahoo.co.uk,  
mission.tanzania@tes.itu.int*

cutting development component. LDCs accepted the 97% compromise position in good faith, expecting to be able to work, after Hong Kong, with the rest of the WTO Membership to implement the Ministerial Decisions, with the intention of gradually moving to duty-free quota free market access for 100% of products from LDCs.

Since Hong Kong, LDCs attempt to engage other Members on how implementation of DFQF market access should take place have faced strong resistance despite tabling a proposal on how to operationalise the DFQF (duty-free and quota-free). Even the concept that there is something to negotiate has been challenged. To challenge the right of LDCs to discuss the implementation issues of DFQFMA (Duty Free Quota Free Market Access) in CTDSS (Committee on Trade and Development – Special Session) is preposterous and offensive. The USA considers DFQFMA simply as an extension of provisions of existing GSPs (Generalised System of Preferences).

Many developed country Members are using the round, not to advance the development agenda, but to aggressively promote their own offensive market access positions which are aimed at obtaining improvements in real market access for their farmers, industrial producers and service providers through deep cuts in tariffs. This is accompanied by an insistence on maintaining the strong existing defensive domestic support structures.

### Trade Facilitation

Some of the proposals tabled under the Trade Facilitation negotiations go beyond the mandate (e.g. corruption, integrity of customs officials, fraud, and obligatory use of HS nomenclature). The Modalities clearly set out the purpose of these negotiations, namely “clarify and improve relevant aspects of Articles V, VIII and X of the GATT 1994”, enhance “technical assistance and support for capacity building in this area” and “establish provisions for effective cooperation between customs and any other appropriate authorities”. Thus, the scope of negotiations should be strictly focused on the three GATT Articles.

Some proposals do appear to entail substantial financial costs and require considerable administrative and legislative adjustment, reform and investment. Thus, detailed cost implications to the government agencies of proposed measures should be analysed, including revenue implications, as compared to the presumed benefits to traders. The onus should be on the proponents to demonstrate that the proposed measures can be im-

*\*Der gesamte Text ist auf unserer website [www.tanzania-network.de](http://www.tanzania-network.de) nachzulesen. Er basiert auf dem Referat, das Lucas Saronga auf dem Seminar des Tanzania-Network.de e.V. „Musterhaft verknüpft oder ausichtslos verstrickt? Tanzanias wirtschaftliche Einbindung im internationalen Kontext“ am 18. November 2006 in Fulda gehalten hat.*

plemented with minimum cost and are consistent with the trade, development and financial needs or administrative and institutional capabilities of LDCs.

Wherever there are cost implications, some proposals suggest technical assistance and capacity building. However, none of them commits to provide such support in the proposals. Implementation costs of the proposed measures should be borne by the international community and should be embedded in the outcome of the negotiations. Obligations to developing countries particularly LDCs of such measures should be conditional upon the express commitments during the negotiations by trading partners to provide adequate technical assistance and capacity building support, including necessary financial arrangements as premised in the Annex D of the July package. It will not suffice merely to rely on traditional financial architecture because the situation of LDCs as regards sovereign debt is well known. Instead, a financial mechanism should be set up within the auspices of the WTO to cater for Trade Facilitation needs and priorities as identified by developing countries and LDCs.

As explicitly provided in the Negotiating Modalities, the principle of SDT (special and differential treatment) must go beyond “the granting of traditional implementation periods”. In this respect, a number of proposals seem to suggest only the granting of longer implementation period for developing countries and LDCs. Furthermore, some proposals explicitly call for the implementation of the proposed measures by every WTO Member including LDCs. It is thus incumbent on the proponents to abide by the Negotiating Modalities. SDT specific to LDCs, should be firmly and operationally incorporated into the final outcome of the negotiations. LDCs should also be in a position to enumerate specific SDT in Trade Facilitation besides longer transitional period and technical assistance.

No doubt, Trade Facilitation negotiations are important because they have potential to reduce the costs of trade globally and therefore enhance competitiveness of exports and imports. However, there is need to undertake internal reforms in trade facilitation system in a number of developing and least developed countries that would have cost and administrative implications. Enhancing technical assistance and support for capacity building as is provided in the negotiating Modalities should form the fundamental objective of negotiations for developing and least developed countries. Thus,

the identification of “needs and priorities” will proceed in parallel with substantive negotiations.

Tanzania like many other LDCs need to learn how to take a critical look at Members’ proposals to enable them to better understand the types of issues that must be considered in the final negotiation process to be able to determine their own countries’ technical assistance needs. The attendance of Capital based experts in the negotiations in Geneva is highly recommended mainly when it comes to custom- related issues.

### **Integrated Framework (IF)**

The Integrated Framework Task Force constituted with a mandate to propose recommendations relating to improving the effectiveness of the IF Programme for LDCs has since completed its task. The recommendations were approved early July 2006 by the IF working Group and Steering Committee paving the way for implementation. The IF has had positive results in a number of LDCs and as such to build on the strengths of existing arrangements with a view to improve its effectiveness and efficiency. The recommendations include:

- Adjustments in the national management to allow for some flexibility;
- Introduction of a funding tier specifically to strengthen national capacity;
- Adjustment in the multilateral management by replacement of Agency management by a full time Secretariat; and
- Substantial increase in resources to be disbursed in a predictable manner and address broader trade related issues.

Implementation of the Enhanced IF is in process, with the setting up of the Transition Team, the three working Groups or Clusters namely: the Administration and Legal cluster, the Finance cluster and the In Country cluster.

### **Trade in Services**

Based on the Mandate given in Para 25 of the Hong Kong Ministerial Declaration and also Para 9 of Annex C of the same the LDC group tabled a mechanism to grant special priority to the LDCs. The proposal seeks Members to establish an understanding on the interpretation of Article IV: 3 of the General Agreement in Trade in Services (GATS). The response to this proposal TN/S/W/59 dated 28<sup>th</sup> March 2006 has been mixed. On one hand the developed countries reaffirm their commitment to operationalise the

LDC Modalities, while yet again express reservations over the some of the provisions in the document.

It is important to note that the LDC modalities are linked to this Round and hence a mechanism to operationalise them must be adopted before the end of this Round. Having been adopted in 2003, it clearly points lack of political will by developed countries to implement this Ministerial decision.

Also, the Hong Kong Ministerial Declaration in Para 26 recognises the particular economic situation of LDCs, including the difficulties they face, and acknowledges that they are not expected to undertake new commitments. All Members however, are urged to participate actively in these negotiations towards achieving a progressively higher level of liberalization with appropriate flexibility for individual developing countries.

For most LDCs, Trade in Services provides an importance option for export diversification. Hence, the LDC group under took to table a collective request under mode 4 to developed Members for consideration and it is yet to receive positive results.

### **Aid for Trade**

In paragraph 57 of the Hong Kong Declaration, the Ministers invited the Director General of WTO to create a task force that shall provide recommendations on “how to operationalise Aid for Trade” and “the way in which Aid for Trade could contribute effectively to the development dimension of the Doha Development Programme”.

Pursuant to the instructions he was given, the Director General of WTO created a task force comprising 13 members, representing the various configurations of the World Trade Organisation.

The LDCs including Tanzania took an active part in the deliberations of the task force in terms of contribution that was put down in writing in a couple of communications forwarded to the Chair of the task force in several occasions.

Chaired by the Ambassador of Sweden to the WTO, H. E. Mrs. Mia Horn af Rantzien, the task force worked extensively and managed to finalise the text of its recommendations during the second half of July which it eventually submitted to the WTO General Council, at its end of July 2006 session.

The main recommendations formulated by the task force intend to secure additional, predictable, sustainable and effective funding to deliver the Aid for Trade mandate, through the carrying out of trade-related projects and programmes.



The following specific areas were identified for aid coverage:

- Enhancing supply-side capacities;
- Developing trade-related infrastructures;
- Building human and institutional capabilities; and
- Addressing the costs resulting from the implementation of the WTO agreements, for developing and least developed countries.

The WTO General Council had taken note of the recommendations of the task force at the end of July 2006, and finally adopted them during the General Council's meeting held on 10 October 2006. The Council recommended that appropriate measures should be expeditiously taken to ensure the coherent and effective implementation of the recommendations.

### Conclusion

What LDCs want is an agreement with a strong development component. What would constitute a successful round would be negotiations which successfully conclude on the following main elements:

- Agreement of modalities of implementing the Hong Kong decision on DFQFMA for the LDCs', including simplified Rules of Origin;
- A decision on Food Aid which is flexible enough to address crises while minimising commercial displacement;
- Implementation of the proposal by the C4 (Cotton Initiative Proponents) on cotton;
- Inclusion of provisions for LDCs to utilise the Special Safeguard Mechanism (SSM);
- Agreement on a comprehensive Trade Facilitation programme which provides genuine and additional benefits to LDCs in terms of reducing the costs of trade in addition to providing Technical Assistance and Capacity Building to address the demands arising from the commitments made;
- Adoption and implementation of the recommendations of the Enhanced Integrated Framework, including an increase in financial resources allocated to the IF process and timely accessibility to these additional funds;
- Significant increases in funds made available to remove supply-side constraints in developing countries through an Aid-for-Trade facility which has accountable disbursement mechanisms which are simplified but also transparent; and
- Implementation of the proposal to operationalise Art. IV.3 of GATS and proposal on Mode 4.



## Gerechtigkeit jetzt!

### Die Welthandelskampagne

*Kontakt und weitere Informationen: Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne  
Am Michaelshof 8-10,  
53177 Bonn Tel 0228 - 368 1010 Fax 0228 - 923 993 56  
info@gerechtigkeit-jetzt.de  
www.gerechtigkeit-jetzt.de*

Gerechtigkeit jetzt! – Die Welthandelskampagne ist ein Bündnis aus 36 Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Kirche, Umwelt, Menschenrechte und Gewerkschaften. Das Bündnis wurde im Sommer 2003 gegründet und ist Teil einer internationalen Bewegung für gerechten Handel. Wir werden aktiv für einen gerechten Welthandel, der allen Menschen, vor allem den Armen, nützt und der die Umwelt schützt.

Unser Ziel ist ein gerechter Welthandel. Das heißt, dass der Handel allen Menschen, vor allem den Armen, nützt und Umweltschutz gewährleistet.

#### Die WTO bringt den Globus aus der Balance

Die internationale Welthandelsorganisation WTO will freien Handel rund um den Globus. Freier Fluss der Waren, statt Schutz-zölle und Einfuhrverbote. Das klingt nach gleichen Chancen für alle, doch das Gegenteil ist oft der Fall.

Während sich internationale Konzerne in neuen Märkten ausbreiten, schwächt die Liberalisierung die Wirtschaftskraft und Souveränität kleiner Länder. Die Menschen und die Umwelt haben das Nachsehen.

#### 1. Kein Ausverkauf der Wasserversorgung an Konzerne

Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht.

Die EU fordert in den WTO-Verhandlungen zum Dienstleistungsabkommen (GATS), dass die Entwicklungsländer ihre Märkte für europäische Wasserkonzerne öffnen. Damit wird Wasser zur Ware, durch deren Verkauf als erstes Geld verdient werden soll. Wasser ist aber keine beliebige Ware. Auch der Bundestag hat sich dagegen ausgesprochen, diese Marktöffnung gegenüber Entwicklungsländern zu fordern. Ziel der so genannten GATS-Verhandlungen ist die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen. Dabei geht es um den Abbau nationaler Regelungen oder Verfahren, die ausländische Anbieter behindern können.

Beispiele wären staatliche Förderungen im Bildungsbereich, etwa Universitäten oder Grundschulen.

Oder Wasser. Die EU hat bislang von 72 Ländern die Öffnung der Märkte im Wassersektor gefordert. Darunter sind zahlreiche Entwicklungsländer, die selten über genügend Kapazität verfügen, um die komplexen Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe mit den Industrieländern zu führen. In einem Land, das seine Wasserversorgung nach dem GATS liberalisiert, werden alle Anbieter den gleichen Regeln unterworfen, besondere Schutzmechanismen für kleine, lokale Anbieter sollen wegfallen. Darüber hinaus sollen Entwicklungsländer verpflichtet werden, bislang allein öffentlich erbrachte Dienstleistungen für private Anbieter zu öffnen. Die Folgen sind: Ob in Manila oder Berlin, die Wasserpreise sind erheblich gestiegen, die Investitionen ins Leitungssystem zurückgegangen. Die GATS-Verhandlungen sollen ab Mai 2005 in die letzte Phase gehen. Ein breites Bündnis von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen setzt sich dafür ein, dass die Wasserversorgung aus den GATS-Verhandlungen herausgenommen wird. Das Menschenrecht auf Wasser muss Vorrang haben vor Handelsrecht!

## 2. Demokratische Kontrolle der deutschen Handelspolitik

Handelspolitik findet oft hinter verschlossenen Türen statt.

Dabei räumen EU und Bundesregierung den Interessen von Wirtschaftslobbyisten großen Einfluss ein. Menschenrechte, Sozialstandards und Umweltschutz kommen zu kurz.

Welthandelspolitik betrifft alle Menschen und muss daher demokratisch kontrolliert werden. Handelspolitik betrifft keinesfalls allein Wirtschaftsunternehmen, sondern greift tief in die Belange aller Menschen ein. Menschenrechte, Umweltschutz und Sozialstandards geraten unter Druck. Unabdingbar ist deshalb eine breite gesellschaftliche Diskussion über Welthandelspolitik und wirksame demokratische Mitentscheidungsmöglichkeiten auf allen Ebenen. Stattdessen sind viele Dokumente geheim, der Zugang zu Informationen ist ungleich: Offene Arme für die Interessen der Wirtschaft und taube Ohren für Menschenrechte, Umweltschutz und Sozialstandards.

Kein Wunder, dass sich die Wirtschaftslobbyisten sehr zufrieden mit den Abstimmungsprozessen in Welthandelsfragen zeigen. Bei der Eröffnung des Europäischen Dienstleistungsforums beschrieb der damalige EU-Handelskommissar die gewünschte Zusammenarbeit mit den Worten: „Ich bin in Ihren Händen, um Ihnen zuzuhören, was Ihre Ziele, Ihre Prioritäten in Bezug auf Liberalisierung

sind. [...] Ich setze auf Ihre Unterstützung und Ihre Vorschläge.“ Der Zugang zu Informationen darf nicht der Wirtschaftslobby vorbehalten sein. Nur durch forgesetzten und gemeinsamen Druck der Zivilgesellschaft wird die notwendige Transparenz und gesellschaftliche Kontrolle der Handelspolitik möglich werden. Handelspolitik muss demokratisch gestaltet werden!

**3. Umweltschutz vor Freihandel** Umweltschutz ist aus Sicht der WTO ein Handelshemmnis.

Sie entscheidet im Zweifel gegen die Umwelt und für die freie Fahrt der Waren. Doch eine gesunde Umwelt ist unsere Lebensgrundlage. Umweltschutz darf nicht durch die Regeln der WTO ausgehebelt werden. Internationale Umweltabkommen sind ein wichtiges Instrument, um globale Umweltprobleme zu lösen. Es gibt inzwischen etwas 250 internationale Umweltabkommen. Dazu gehört das Protokoll über biologische Sicherheit – das so genannte Cartagena Protokoll. Es enthält Regeln, die den freien Handel mit gentechnisch veränderten Organismen einschränken. Damit ist der Konflikt mit Handelsregeln vorprogrammiert. Denn das Ziel der WTO ist ein freier Handel, Maßnahmen zum Umweltschutz werden leicht zum Handelshemmnis. Bei der WTO gibt es keine Unterscheidung zwischen ökologisch oder umweltschädigend hergestellten Produkten. Unter Umweltschutzaspekten ist es jedoch wichtig, ob das Holz eines Schrankes aus Tropenwalddraubbau oder nachhaltiger Waldnutzung stammt. Außerdem erkennt die WTO das Vorsorgeprinzip nicht an. Das Vorsorgeprinzip würde erlauben, den Handel mit Produkten einzuschränken, wenn die begründete Annahme besteht, dass sie umwelt- oder gesundheits-schädlich sind. Die Entscheidungen in der WTO fällen wenige ExpertenInnen vorrangig nach handelspolitischen Gesichtspunkten. Umwelt- oder MenschenrechtsexpertInnen werden nicht hinzugezogen. Im Zweifel entscheidet die WTO gegen die Umwelt. Damit droht die Umwelt von der WTO ins Abseits gestellt zu werden. Internationale Umweltabkommen müssen Vorrang vor WTO-Regeln erhalten!

**4. Ernährung weltweit sichern** Ernährung ist ein Menschenrecht.

Die WTO gefährdet die Ernährungssicherheit vieler Menschen in den armen Ländern. Sie setzt auch in der Landwirtschaft einseitig auf Handelsliberalisierung. Das begünstigt die Agrarindustrie und bedroht die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die im Wettbewerb

nicht mithalten kann. Seit Anfang der 1980er Jahre haben viele Entwicklungsländer auf Druck der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds ihre Agrarmärkte für Einfuhren aus dem Ausland geöffnet. Die WTO hat diesen Druck erhöht. Die Folge war, dass in vielen Ländern einheimische ProduzentInnen vor dem Preisdruck der ausländischen Konkurrenz kapitulierten. Darüber hinaus werfen vor allem die USA und die EU viele Erzeugnisse weit unter Produktionskosten auf den Weltmarkt. Obwohl die WTO einen Abbau von Subventionen verlangt, haben sich die Industrieländer zahlreiche Schlupflöcher erstritten: Die Unterstützung für die Landwirtschaft der OECD-Länder ist zwischen 1988 und 2002 von ca. 250 auf ca. 320 Milliarden US-Dollar gestiegen. Dadurch können immer mehr Kleinbauern und -bäuerinnen in Entwicklungsländern nicht mehr konkurrieren. Da die meisten für den Eigenbedarf und für lokale und regionale Märkte produzieren, gefährden die subventionierten Importe die Ernährungssicherheit. In vielen Ländern hat die Produktion von Grundnahrungsmitteln stark abgenommen.

Gewinner dieser Politik, sind in der Regel wenige große Agrokonzerne. Auf der Verliererseite steht die kleinbäuerliche Landwirtschaft – in den reichen ebenso wie in den armen Ländern. Für die Armen in den armen Ländern bedeutet dies oft, dass sie Hunger leiden. Indem die WTO-Regeln bislang einen wirksamen Schutz vor billigen Importen verbieten, werden die Länder der Dritten Welt an der Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung gehindert. WTO-Regeln dürfen sich nicht gegen die Menschen richten. Sie dürfen die Ernährungssicherheit nicht gefährden. Ernährung ist ein Menschenrecht!

## WTO – Glossar

### APS – Allgemeines Präferenzsystem

Spezielle Handelserleichterungen von Industrieländern für Entwicklungsländer. APS werden nicht verhandelt, sondern einseitig gewährt oder zurückgenommen. Entwicklungsländer werden nicht verpflichtet, ihre Märkte im Gegenzug für Produkte aus Industrieländern zu öffnen.

### **DSU – Dispute Settlement Understanding (Streitschlichtungsmechanismus)**

Der in der WTO verankerte Streitschlichtungsmechanismus etabliert ein Verfahren, in dem Handelsstreitigkeiten zwischen WTO-Mitgliedern durch ein Expertengremium entschieden werden. Es erlaubt, Verstöße gegen die Regeln mit Handelssanktionen zu ahnden.

### **GATT – General Agreement on Tariffs and Trade**

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen von 1947, das den Handel mit Gütern regelt. Es basiert auf den zentralen Prinzipien Meistbegünstigung und Inländerbehandlung. Ziel ist es, die Liberalisierung des internationalen Handels über langfristige Zollsenkungen und den Abbau nationaler Vorschriften voranzutreiben. Das GATT ging 1995 in der WTO auf und ist heute eines von mehreren WTO-Abkommen.

### **GATS – General Agreement on Trade in Services**

Das Allgemeine Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen umfasst eine vielfältige Liste von Sektoren wie z.B. Gesundheit, Bildung, Wasser, Umwelt, Verkehr, Telekommunikation oder Finanzen. Ziel ist es, nationale Regelungen abzubauen, die ausländische Unternehmen als Dienstleistungsanbieter ausschließen oder behindern.

### **NAMA – Non-Agricultural Market Access**

Marktzugang für nichtagrarische, also für industrielle und gewerbliche Güter, mineralische Rohstoffe und solche aus Fischerei und Forstwirtschaft.

### **Singapur-Themen**

Auf der 2. WTO-Ministerkonferenz 1996 in Singapur drängten die Industrieländer die Entwicklungsländer zu Verhandlungen von neuen Themen mit dem Ziel zusätzlicher WTO-Abkommen. Die neuen Themen sind Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und administrative Handelserleichterungen. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen sollte in Cancún getroffen werden, fiel jedoch erst im Rahmen des Juli-Pakets.

### **SDT – Special and Differential Treatment**

SDT ist ein System der Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer, das ihnen im Rahmen des GATT einen verbesserten Marktzugang

gang gewähren und sie gleichzeitig von weitgehenden Verpflichtungen zur Öffnung ihrer Märkte ausnehmen sollte. In der WTO dient SDT vor allem dazu, den Anpassungsprozess an die WTO-Regeln für die Entwicklungsländer zu erleichtern, wobei allerdings substantielle Ausnahmen von diesen Regeln praktisch nicht mehr vorgesehen sind. SDT in der WTO besteht hauptsächlich aus verlängerten Umsetzungsfristen und abgeschwächten Verpflichtungsniveaus.

### **TRIPS – Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights**

Das TRIPS ist das WTO-Übereinkommen zum Schutz handelsbezogener Rechte an geistigem Eigentum. Es umfasst Bestimmungen zum Schutz von Patenten, Copyrights, Handelsmarken, etc.

### **UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development**

Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung wurde auf Drängen der Entwicklungsländer 1964 eingerichtet. Sie sollte den Grundstein für ein stärker politisch reguliertes internationales Handelssystem legen, das speziell auf Entwicklungsanliegen eingeht. Trotz einiger Erfolge wie der Einführung des Allgemeinen Präferenzsystems, wurden die Erwartungen der Entwicklungsländer enttäuscht, da die Industrieländer andere Initiativen wie internationale Rohstoffabkommen nicht unterstützten. Seit Gründung der WTO ist die Rolle der UNCTAD auf Analyse und Unterstützung für Entwicklungsländer beschränkt.

### **WTO – Welthandelsorganisation**

Die Welthandelsorganisation wurde 1995 gegründet und ging aus dem GATT hervor. In ihr werden globale Handelsregeln vereinbart und überwacht. Das Ziel ist Liberalisierung. In der WTO vereinbarte Regeln erweisen sich in der Realität als praktisch unumkehrbar. Heute hat die WTO 148 Mitgliedsstaaten, die fast 95% der weltweiten Exporte abdecken. Mehr als 100 davon sind Entwicklungsländer.

*benutzte Quellen: EED Publikationen [www.eed.de](http://www.eed.de)*

*Dr. Gitta Röth*

## Tanzania zwischen Weltmarkt und regionaler Integration

Vortrag von Dr. Theo Kneifel

*Luise Steinwachs*

*Dr. Theo Kneifel  
leitet die Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika.*

*Kontakt: KASA,  
c/o Werkstatt  
Ökonomie  
Obere Seegasse  
18,  
69124 Heidelberg,  
Tel 06221 - 4 33  
36-12  
Fax 06221 - 4 33  
36-29,  
theo.kneifel  
@woek.de  
Weitere Materialien unter:  
www.kasa.woek.de*

Theo Kneifels Vortrag auf dem Seminar „Tanzanias wirtschaftliche Einbindung im internationalen Kontext“ im November 2006 in Fulda beleuchtete die derzeitigen Verhandlungen zum Abschluss von sechs regionalen Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik-Ländergruppe) vor dem Hintergrund der Struktur und der Regelungen der Welthandelsorganisation WTO. Die Theorie der auch von der EU zunehmend vertretenen Strategie des Freihandels heißt: Freihandel schafft Wachstum, und größeres Wachstum schafft Entwicklung. Die EU verlagert dabei ihre Ausrichtung zunehmend auf bilaterale Verhandlungen mit den AKP-Staaten, da zur Zeit die WTO-Verhandlungen in der Doha Entwicklungsrunde zum Stillstand gekommen sind. Die im Cotonou-Abkommen von 2000 angestrebten direkten Verhandlungen von EU und AKP-Staaten zu „Economic Partnership Agreements“, EPAs, sollen bis Ende 2007 abgeschlossen sein. Hinter den EU-Interessen stehen letztendlich die Interessen von Konzernen. Kneifel weist auf das im November 2006 erschienene Papier hin: „The new ‚global europe‘ strategy of the EU: Serving Corporations Worldwide and at Home“. Diese Studie zeigt, dass die Interessen der EU zu Lasten der armen Länder durchgesetzt werden. Erhältlich zum Downloaden ist die Studie unter <http://www.weed-online.org/themen/318832.html>.

### **EPAs unter dem Diktat der WTO**

EPAs werden vor dem Hintergrund der WTO-Regelungen verhandelt. Bei diesen gilt als oberstes Prinzip die Gleichsetzung von „Gleichbehandlung“ aller mit „gerecht“. Probleme ergeben sich natürlich dann beim Handel zwischen ungleichen Partnern. Vorläufererfahrungen mit Liberalisierung unter dem Diktat der GATT-Regelungen haben die AKP-Staaten schon durch Strukturanpassungsmaßnahmen: Es geht um die Liberalisierung der Finanzmärkte, des Warenhandels, Privatisierung staatlicher Betriebe, die Aufhebung preisgestützter Lebensmittel. Es handelt sich hier nach Kneifel um systemische Ungerechtigkeit, die ausgeglichen werden müsste, zum Beispiel durch Schutz-



maßnahmen für strukturschwache Staaten. Hier liegt, wie Theo Kneifel betont, strukturell der „Geburtsfehler der WTO“: Gleichbehandlung von ungleichen Partnern ist ungerecht. Man müsste also die WTO-Regeln ändern oder die WTO gleich ganz abschaffen.

Die Vorläufer des Cotonou-Abkommens (dessen Handelssäule die EPAs darstellen), die Lomé-Abkommen (Lomé I-IV zwischen 1975 und 1989), sind mit den Regelungen der WTO nicht mehr kompatibel, da sie auf Handelspräferenzen zugunsten der AKP-Staaten beruhen, welche gegen das Prinzip der Gleichbehandlung der WTO verstoßen. Unter Lomé durften AKP-Staaten zollfrei in die EU einführen; die EU dagegen musste Zölle bezahlen. Es war ein ungleiches Abkommen zugunsten schwächerer Partner. Die AKP-Staaten, die alle ehemaligen Kolonien der EU-Staaten sind, sind ein Federgewicht gegenüber der EU. Das Cotonou-Abkommen von 2000 strebt dagegen mit den neuen EPAs „WTO-Kompatibilität“ an. Es handelt sich hier um einen Paradigmenwechsel: von Präferenz zu Freihandel.

Das Cotonou-Abkommen umfasst finanziell die Vergabe von Entwicklungshilfe durch den European Development Fund; politisch die paritätische Besetzung einer Joint Parliamentary Assembly und handelspolitisch die Abschlüsse von EPA-Verhandlungen. Im letzten Bereich geht es zur Zeit um die Verhandlung von Standards und das Debattieren von Vertragstexten. Bis 2007 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein und die Verträge unterzeichnet werden, die ab 2008 bis 2020 implementiert werden. Dieser Zeitplan wird durch die WTO bestimmt, deren Ausnahmeregelungen, da Lomé nicht WTO-kompatibel ist, Ende 2007 auslaufen.

### **EPAs unterlaufen Ansätze zu regionaler Integration**

Im Rahmen von EPAs verhandelt die EU mit sechs neu gebildeten regionalen Gruppen, die von der EU erdacht sind. Die schon bestehenden regionalen Verbände wie COMESA (Common Market for Eastern and Southern Africa), SADC (Southern African Development Community) und EAC (East African Community) werden durch die neuen EU-erdachten Regionen zerteilt. Mit EPAs wird die SADC<sup>1</sup> gespalten in eine Rest-SADC<sup>2</sup>-Gruppe und ESA – Eastern and Southern Africa<sup>3</sup>. Außerdem sind in ESA u.a. Uganda und Kenya, die mit Tanzania die EAC – East African Community bilden. Im Hinblick auf die EU-Verhandlungen zählen also Tanzania zur Rest-SADC, Uganda und Kenya dagegen zur ESA.

Die 2000 wieder belebte EAC – Tanzania, Uganda und Kenya – ist zur Zeit im Prozess der Bildung einer Zollunion (customs union),

die bis 2010 abgeschlossen sein soll. Diese interne Liberalisierung baut nach innen die Zölle ab und schließt sich nach außen mit gleichen Zöllen für Drittstaaten zusammen.

Tanzanias Mitgliedschaft in der 1980 gegründeten SADC (zuerst „SADCC – Southern African Development Coordination Conference“) beruht auf einer langen Geschichte der Loyalität unter den SADC-Staaten. Auch die SADC wird, wie die EAC, bis 2010 eine Zollunion bilden (SACU - South African Customs Union). Eine Entscheidung, zu welcher Union Tanzania gehören will, ist notwendig, da es nicht möglich ist, in zwei Zollunionen Mitglied zu sein. Im Hinblick auf die EPA-Verhandlungen gibt es zum Beispiel die Option für Tanzania, von SADC zu ESA (COMESA) zu wechseln.

### **Die EPA-Umsetzung und Alternativen**

EPAs beinhalten nach EU-Interpretation die gegenseitige Liberalisierung von 90% des Handels in den nächsten zehn bis zwölf Jahren. Die von Theo Kneifel vorgestellten Alternativen zu EPAs beinhalten:

1. Alternative EPAs in Form von „EPAs light“: Der Zeitrahmen für die Umsetzung der Liberalisierungsmaßnahmen könnte bis auf 25 Jahren gestreckt werden oder dynamisch, zum Beispiel anhand von Entwicklungszielen, bestimmt werden.
2. Alternativen zu EPAs. Diese nicht-reziproken Handelsabkommen orientieren sich an der Everything-but-Arms-Initiative (EBA) oder dem Allgemeinen Präferenzsystem GPS (General Preference System). Die EBA-Initiative erlaubt am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries LDCs) wie Tanzania, Angola, Mozambique bei Aufhebung von Zöllen und Mengenbeschränkungen die Einfuhr von „allen Produkten außer Waffen“ in die EU. Der Nachteil der EBA-Initiative liegt darin, dass diese nicht vertraglich fest geschrieben ist. Daher sollte sie zu einem vertraglichen Status geändert werden.

### **Optionen für Tanzania**

Die von Theo Kneifel vorgestellten Optionen für Tanzania umfassen:

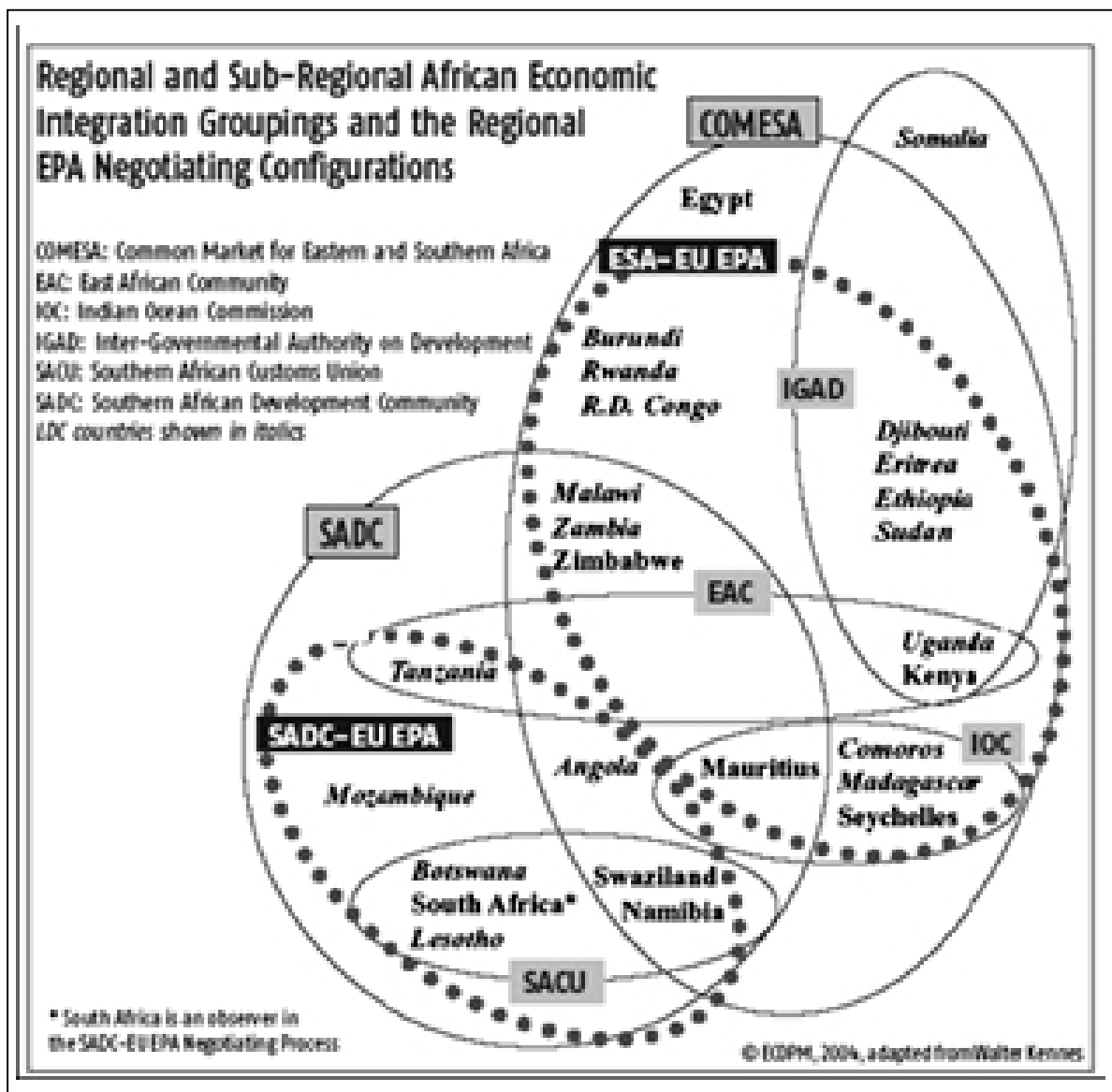
1. Das Ausscheiden aus der SADC-EPA-Verhandlungsgruppe; Kenya und Uganda scheiden aus ESA aus; Kenya, Uganda und Tanzania verhandeln als EAC.
2. Das Ausscheiden Tanzanias aus SADC und Wiedereintreten in COMESA bei Mitgliedschaft in der EAC; Tanzania verhandelt EPAs in der ESA-Gruppe.

3. Tanzania unterzeichnet EPAs nicht und verhandelt dafür ein nicht-reziprokes Handelsabkommen (in Verbesserung von EBA- oder GPS-Konditionen) mit der EU aus, bei bleibender Mitgliedschaft in der EAC.

<sup>1</sup>SADC: Malawi, Zambia, Zimbabwe, Tanzania, Angola, Mauritius, Botswana, South Africa, Lesotho, Swaziland, Namibia, Seychellen; Mocambique

<sup>2</sup>EPA Rest-SADC: Tanzania, Angola, Mozambique, Botswana, South Africa (Beobachterstatus im EPA-Prozess), Lesotho, Swaziland, Namibia

<sup>3</sup>ESA: Malawi, Zambia, Zimbabwe, Mauritius, Burundi, Rwanda, R.D. Congo, Djibouti, Eritrea, Ethiopia, Sudan, Uganda, Kenya.



## Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen AKP-Staaten und Europäischer Union

Alexis Valqui, Birgit Hofmann

Birgit Hofmann und Alexis Valqui sind Mitarbeiter in der Abteilung Globalisierung, Handel und Investition des Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Kontakt: BMZ,  
Abt. 305,  
Stresemannstr.  
94,  
10963 Berlin,  
Tel 01888-535-  
2839,  
Fax 01888-535-  
2042  
Birgit.Hofmann  
@bmz.bund.de,  
Alexis.Valqui  
@bmz.bund.de

### Hintergrund

Das Cotonou-Abkommen von 2000 regelt die wirtschafts- und handelspolitische Zusammenarbeit der Europäischen Union (EU) mit den Staaten der Afrika-, Karibik-, Pazifikgruppe (AKP) völlig neu. Es sieht den Abschluss von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) vor. Die EPAs sind kein rein handelspolitisches Instrument, sondern verknüpfen erstmals entwicklungs- und handelspolitische Aspekte. Mit EPAs sollen Handelsbarrieren zwischen den AKP-Staaten bzw. zwischen der EU und den AKP-Staaten abgebaut und die Kooperation in allen handelsrelevanten Bereichen erhöht werden. EPAs fördern den Dialog über Handel und unterstützen die schrittweise Marktöffnung und die regionale Integration der AKP-Staaten. Sie tragen dazu bei, stärkere und verlässlichere Regeln für den Handel zu schaffen. Die schrittweise Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft soll damit unterstützt werden.

Aus handelspolitischer Sicht und zur Sicherung des präferenziellen Marktzugangs für AKP-Staaten müssen die EPAs in Abkehr vom bisherigen System einseitiger Handelspräferenzen WTO-konform gestaltet werden und spätestens 2008 in Kraft treten. Die bisherige Gewährung einseitiger Handelspräferenzen zugunsten der AKP-Staaten verletzt das WTO-Prinzip der Meistbegünstigung und ist nur bis Ende 2007 über eine WTO-Ausnahmegenehmigung (Waiver) gedeckt. WTO-konforme Freihandelsabkommen sehen gegenseitige Marktöffnung vor, können jedoch asymmetrisch und mit langen Übergangsfristen gestaltet werden. Diese Gestaltungsräume sollen bei den EPAs genutzt werden.

Um Anpassungsprobleme zu bewältigen und regionale Integrationsbestrebungen zu fördern, stellt die EU finanzielle und technische Unterstützung vor allem für den Aufbau von Kapazitäten zur Verfügung. Für diese und weitere Maßnahmen im Bereich der makro-ökonomischen Stabilisierung, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Steuerreformen, Zollverwaltung, Investitionen, Wettbewerbspolitik, Standards, Sozial- und Umweltpoli-

tik sowie der verantwortungsvollen Regierungsführung sind insgesamt 730 Mio. • aus dem 9. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF-Laufzeit 2003-2007) vorgesehen.

## Stand des EPA Prozesses

### Die Verhandlungen

In der aktuellen zweiten Phase werden seit 2003 individuelle und getrennte Verhandlungen mit sechs Regionalverbänden geführt: Südöstliches Afrika (ESA), Südliches Afrika (SADC), Westafrika (ECOWAS), Zentralafrika (CEMAC), Karibische Region (CARIFORUM) und Pazifische Region. Die regionalen Verhandlungen sind jeweils in drei Unterphasen aufgeteilt, die hinsichtlich der verschiedenen Regionalverbände von unterschiedlicher Dauer sind und deren Verlauf in Roadmaps festgelegt ist.

Gemäß den Roadmaps wurde 2006 in allen sechs Regionen mit den Verhandlungen zur konkreten Gestaltung der EPAs begonnen, Abkommensentwürfe sollen Ende 2006 vorliegen. Im Moment findet eine Überprüfung der EPA-Verhandlungen statt, die Anfang 2007 abgeschlossen sein soll (EU-AKP-Review). 2007 sollen dann die EPAs vorliegen, damit diese im Jahr 2008 in Kraft treten können. Die Verhandlungen sind regionenspezifisch konzipiert und laufen mit unterschiedlicher Intensität und Geschwindigkeit ab. Ein Abkommensentwurf liegt aus der EPA-Region östliches und südliches Afrika (ESA) vor. Sektorale Abkommensentwürfe wurden von der Pazifikregion (Dienstleistungen und Investitionen) und von der Karibikregion (Dienstleistungen) vorgelegt.

Ende Juli 2006 wurde eine gemeinsame Erklärung von EU und AKP-Staaten zu einem EPA-Review verabschiedet. Darin wird insbesondere vereinbart, dass der Review die Fortschritte in den Verhandlungen insbesondere zu den Handels- und Entwicklungsaspekten bewerten, Schwachstellen identifizieren und Lösungsvorschläge aufzeigen soll, um die EPAs termingerecht abschließen und umsetzen zu können. Das Ergebnis des Reviews wird Anfang 2007 erwartet.

### Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ)

Die Planung für einen Finanzierungsmechanismus als Nachfolger für den Ende 2007 auslaufenden 9. Europäischen Entwicklungsfonds EEF erfolgt seit Anfang 2006. Bei der zurzeit noch laufenden regionalen Programmierung des Nachfolgers (10. EEF) werden regionale Integration und Handel als Schwerpunkte definiert. Auf diese Weise wird die EZ-Unterstützung des EPA-Prozesses im Rah-

men des EEF verstärkt und der Zusage aus den Ratsschlussfolgerungen zu AfT (Aid for Trade) entsprochen, die vorsieht, dass die EU (Kommission und EU-Mitgliedsstaaten) ab dem Jahr 2010 jährlich 2 Mrd. • für handelsbezogene EZ aufbringen soll. Mit dem Ziel einer besseren Koordinierung und Abstimmung der EU-EZ wurden in vier Regionen „Regional Preparatory Task Forces“ (RPTFs) gebildet. Die RPTF bereiten die regionalen Verhandlungen vor und identifizieren Bereiche, die technische Unterstützung bei den Verhandlungen benötigen. Des Weiteren haben die RPTFs auf technischer Ebene Arbeitsgruppen zu verschiedenen speziellen Verhandlungsthemen eingerichtet.

## **Die AKP-Partner**

Öffentlich hat sich die AKP-Seite im Sommer 2006 z.T. sehr kritisch zum EPA-Prozess geäußert. Während eines gemeinsamen Gesprächsaustauschs zwischen den AKP-VerhandlungsführerInnen und Frau Ministerin Wieczorek-Zeul, der am 31. Oktober im BMZ in Berlin stattfand, ist deutlich geworden, dass trotz der verschiedenen Probleme und Sorgen der AKP-Staaten, die EPAs als Chance für nachhaltige Entwicklung und als Beitrag zur Armutsbekämpfung gesehen werden. Die AKP-VertreterInnen betonten ihren Bedarf an zusätzlicher finanzieller Unterstützung, um Anpassungsprozesse der EPA-Implementierung bewältigen zu können. Als kritische Probleme, die es in den nächsten Monaten zu überwinden bzw. zu klären gelte, wurden die mangelnde Effizienz der EPA-bezogenen EZ sowie die verbesserungswürdige Zusammenarbeit und Kohärenz zwischen den Generaldirektionen der Kommission genannt. Zudem sind die Erwartungen der AKP-Staaten an den EU-AKP-Review hoch.

## **Die EU-Partner**

Im April 2006 verabschiedete der Europäische Rat Ratsschlussfolgerungen (RSF) zu den EPAs. Darin bekundet er zu Beginn der konkreten Gestaltung der Abkommen seinen Willen zu WTO-konformen und entwicklungsförderlichen EPAs, zur Sicherstellung des Abschlusses der EPAs im Sinne des Cotonou-Abkommens und ruft alle Parteien auf, sich dafür einzusetzen. Auf dem Europäischen Rat für Auswärtige Angelegenheiten und Außenbeziehungen wurden am 16. Oktober 2006 in einer gemeinsamen Sitzung der Handels- und EntwicklungsministerInnen Ratsschlussfolgerungen zum Thema Aid for Trade verabschiedet. Darin bekräftigen die EU-Mitgliedsstaaten ihre Bereitschaft, ab dem Jahr 2010 jährlich 2 Mrd. • handelsbezogene Hilfe oder Aid for Trade aufzubringen (je-

weils 1 Mrd. • Gemeinschaftsbeitrag und 1 Mrd. • EU-MS). Die RSF stellen erstmals eine Verknüpfung zwischen Aid for Trade und den EPAs her, indem ein signifikanter Beitrag der handelsbezogenen Unterstützung für die Umsetzung der EPAs zugesichert wird.

### Das BMZ

Das BMZ verfolgt im Rahmen seiner Federführung innerhalb der Bundesregierung konstruktiv die Verhandlungen, um den Abschluss der Verhandlungen sowie die entwicklungspolitische Schwerpunktsetzung der EPAs sicher zu stellen und hat die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen als Schwerpunktthema der entwicklungspolitischen Agenda der EU-Ratspräsidentschaft definiert. Das BMZ legt großen Wert auf Dialogforen mit den AKP-Staaten und Nichtregierungsorganisationen. Im April 2006 wurde z.B. ein internationaler Politikdialog „Die entwicklungsfördernde Ausgestaltung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA/ EPA) – Sind wir noch auf dem richtigen Weg?“ (InWEnt) mit Beteiligung von Vertretern und Vertreterinnen der Verhandlungsgruppen, Regierungen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aus AKP-Staaten, Deutschland und EU ausgerichtet. Ziel des internationalen Dialogs war der Austausch zwischen den beteiligten Akteuren und eine Zwischenbewertung der Verhandlungen (siehe Rede von Bundesministerin Wieczorek-Zeul unter <http://www.inwent.org/ef/events/epa/07571/index.en.shtml> sowie Tagungsbericht unter <http://www.inwent.org/ef/events/epa/07467/index.en.shtml>).

Am 30. und 31. Oktober 2006 richtete das BMZ in Zusammenarbeit mit InWEnt und der Project Management Unit (PMU) des EU-Projektes „Capacity Building in Support of the Preparation of Economic Partnership Agreements (EPAs)“ ein Treffen der AKP-VerhandlungsführerInnen aus den sechs EPA-Regionen in Berlin aus. Neben einer 1,5-tägigen AKP-internen Veranstaltung fand auch ein Gesprächsaustausch zwischen Frau Ministerin Wieczorek-Zeul und AKP-MinisterInnen bzw. VerhandlungsführerInnen statt. Ziel dieses Austauschs war es, den Dialog zwischen AKP-Seite und der kommenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft anzustoßen und um Vertrauen bei der AKP-VertreterInnen zu werben.

### Ausblick

Der Gesprächsaustausch Ende Oktober hat verdeutlicht, dass die AKPs die EPAs als Chance wahrnehmen. Er hat aber auch gezeigt, wo in den nächsten Monaten verstärkte Anstrengungen un-

*Birgit Hofmann ist Mitarbeiterin in der Abteilung Globalisierung, Handel und Investition des Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).*

*Kontakt:  
BMZ, Abt. 305,  
Stresemannstr.  
94,  
10963 Berlin,  
Tel 01888-535-  
2839,  
Fax 01888-  
535-2042  
Birgit.Hofmann  
@bmz.bund.de*

ternommen werden müssen, um die EPAs termingerecht abschließen zu können. Große Bedeutung wird dem AKP-EU-Review zukommen und der Klärung der dort identifizierten zentralen Verhandlungsfragen. Deutschland wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, dass die EPAs entwicklungs-förderlich ausgestaltet werden.

## **Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen AKP-Staaten und EU – eine Chance für nachhaltige Entwicklung<sup>1</sup>**

*Birgit Hofmann*

Seit September 2002 verhandeln die Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raums (AKP-Staaten) und die Europäische Union auf der Grundlage des Cotonou-Abkommen die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs). Die EPAs sind kein rein handelspolitisches Instrument, sondern verknüpfen entwicklungs- und handelspolitische Aspekte, um nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in den AKP-Staaten zu unterstützen und deren Integration in den Welthandel zu unterstützen.

### **Warum sind die EPAs notwendig?**

Die bisherigen einseitigen Präferenzen, die die EU den AKP-Staaten auf der Grundlage der Abkommen von Lomé und seit 2000 durch das Cotonou-Abkommen gewährt, haben nicht die erwünschten Erfolge erzielt, da die AKP-Staaten ihre Exporte in die EU nicht steigern konnten. Der Anteil der AKP-Staaten am EU-Markt sank von 6,7 Prozent im Jahr 1976 auf 3 Prozent im Jahr 1998. Eine Ursache hierfür ist der Mangel an exportfähigen Produkten, der entweder durch zu geringe Produktionskapazitäten, unzureichende Lieferkapazitäten und/oder fehlende Handelskapazitäten hervorgerufen wird. Beispielsweise dauert die Hafenaufbereitung in Dänemark durchschnittlich 5 Tage und erfordert 3 Dokumente mit zwei Unterschriften. In Burundi be-



nötigt derselbe Vorgang 11 Dokumente, 17 Bürogänge, 29 Unterschriften und durchschnittlich 67 Tage bis das Exportgut den afrikanischen Kontinent per Schiff verlässt. Es ist leicht nachvollziehbar, dass dies keine guten Voraussetzungen für den Handel mit Frischprodukten sind.

Weiterhin verletzen die einseitigen Handelspräferenzen im Warenverkehr zugunsten der AKP-Staaten das WTO-Prinzip der Meistbegünstigung. Dies wird von anderen Entwicklungsländern als ungerecht empfunden. Die handelsbezogene Zusammenarbeit muss daher im Rahmen von Freihandelsabkommen WTO-konform gestaltet werden und spätestens im Januar 2008 in Kraft treten, da eine WTO-Ausnahmegenehmigung Ende 2007 ausläuft.

### **Wie tragen EPAs zu Entwicklung bei?**

EPAs zielen langfristig auf die Eingliederung der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft ab. Mittelfristig sollen die AKP-Staaten über regionale Integration, eine schrittweise Marktöffnung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit für den Welthandel vorbereitet werden. Dabei sind die positiven Effekte für die Entwicklung nicht alleine in einem verbesserten Marktzugang in die EU als Folge sinkender Zölle zu sehen. Entscheidend ist ebenfalls, dass durch die EPA-Verhandlungen der Dialog über Handel in den einzelnen Regionen intensiviert wird, denn die Verhandlungen erfordern, dass die Mitglieder einer EPA-Regionalgruppe zusammenkommen, um die speziellen Entwicklungsbedürfnisse ihrer Länder bzw. Region zu identifizieren. Die enge Verzahnung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Liberalisierungsprozess dient dazu, Kapazitäten in den AKP-Staaten aufzubauen, Anpassungsprobleme zu bewältigen und Integrationsbestrebungen zu fördern. Durch handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit soll die Produktpalette diversifiziert und der Anteil der AKP-Staaten am internationalen Handel gefördert werden, indem die Privatwirtschaft gestärkt und entsprechende Institutionen der Qualitätssicherung aufgebaut werden. Nur so können Entwicklungsländer die Chancen eines verbesserten Marktzugangs in die EU nutzen. Durch die Schaffung verlässlicher Regeln für Handel werden die Voraussetzungen geschaffen, den Zufluss von Technologie und Know-how zu erhöhen. Dabei soll durch eine asymmetrische Ausgestaltung der Handelsbeziehungen gewährleistet werden, dass bei maximaler Ausnutzung der Chancen für die Entwicklung der einzelnen Länder die wirtschaftlichen Risiken so gering wie möglich gehalten werden.

## **Wofür setzt sich das BMZ während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein?**

Da die deutsche EU-Ratspräsidentschaft mit einer wichtigen Phase der EPA-Verhandlungen zusammenfällt, hat das BMZ die EPAs zu einem Schwerpunkt der EU-Ratspräsidentschaft erklärt. Das BMZ wird die Verhandlungen konstruktiv begleiten, damit die Abkommen wie geplant im Januar 2008 in Kraft treten können und setzt sich insbesondere für die entwicklungsförderliche Ausgestaltung der EPAs ein.

Ein wichtiges Ziel ist hierbei die Sicherstellung der Kohärenz von Handel und Entwicklung. Dies bedeutet einerseits einen deutlich verbesserten Marktzugang für AKP-Staaten in die EU, insbesondere im wichtigen Bereich landwirtschaftlicher Güter. Andererseits muss die Marktöffnung auf AKP-Seite sehr vorsichtig vollzogen werden und den Entwicklungsstand der Partnerländer sowie die Schutzbedürftigkeit bestimmter Sektoren berücksichtigen. So können beispielsweise sensible Produkte von der Liberalisierung ausgeschlossen bzw. lange Übergangfristen eingeräumt werden. Ein kohärentes Vorgehen bedeutete aber auch, dass die AKP-Staaten zu Reformen bereit sind und Handelsaspekte in ihre nationalen Entwicklungsstrategien integrieren. Die EPAs sind als langfristiger Prozess zu verstehen, der auf dem Partnerschaftsgedanken des Cotonou-Abkommens aufbaut und der nicht mit dem Vorliegen von Abkommensentwürfen endet. Aus diesem Grund hat der Dialog zwischen AKP-Staaten und EU-Mitgliedsstaaten einen hohen Stellenwert für uns. Durch die Prozessdynamik werden Monitoring und Überprüfung der EPA-Implementierung und deren Wirkungen erforderlich sein. Der EPA-Prozess muss demzufolge durch einen intensiven und partnerschaftlichen Dialog zwischen EU und AKP begleitet werden – dies ist auch eines der zentralen Prinzipien des Cotonou-Abkommens.

*<sup>1</sup>Die Ausführungen spiegeln die persönliche Meinung der Autorin wider und entsprechen nicht notwendigerweise der Position des BMZ.*

# Negotiating Economic Partnership Agreements with the EU

## Opportunities, Risks, and Negotiation Options for Tanzania\*

*Regine Qualmann et al*

In September 2002, negotiations on Economic Partnership Agreements (EPAs) formally started between the European Union (EU) and the group of the African, Caribbean and Pacific (ACP) countries. EPAs are an integral part of the Cotonou Agreement, which was concluded between the parties in 2000 and is the successor of the Lomé Conventions. The Cotonou agreement aims at defining a new development partnership between the EU and the ACP countries, including a comprehensive overhaul of the current trade arrangement, which has been characterised by unilateral trade preferences extended to the ACP countries by the EU.

The aim of EPAs is to introduce, for the first time in the history of the special relations between the EU and the ACP countries, reciprocal free trade, preferably as Free Trade Areas between the EU and ACP sub-regions. The underlying motives are on the one hand the need to make ACP-EU trade relations compatible with the World Trade Organisation's (WTO) rules and regulations; on the other hand, the underlying assumption of the EPA concept is that trade liberalisation and regional trade integration will enhance the ACP countries' competitiveness and accelerate their integration into global markets. EPAs are to be negotiated over a period of four years, or by the end of 2007, when the current WTO waiver expires and the new agreement needs to come into force.

[...]

The Cotonou Agreement puts forward the idea of a partnership on an equal footing, and engaging in EPA negotiations will be a real test for the new quality of this partnership. On the one hand, this requires that the ACP side urgently address the capacity constraints relating to trade policy issues at the national and regional level. On the other hand, the EU will have to demonstrate that with EPAs it is pursuing genuinely development-related rather than purely strategic or commercial interests.

One of the greatest opportunities – i.e. that the outcome of EPAs is at least to a certain extent negotiable and not unilaterally determined – is therefore at the same time the greatest risk. The unequal bargaining power of the negotiating parties is more than obvious, with the European Commission and its clear mandate and negotiation experience on the one side and the ACP group, soon to be sub-divided into yet unclear regional groupings, on the other. The present analysis confirms moreover that the bargaining power of the ACP countries will be restricted because of a lack of analytical and negotiation capacity, but also by the lack of political resolve to prepare for and formulate strategic positions for the negotiations.

EPAs will be negotiated and it is therefore essential for all ACP countries to clearly identify the risks and opportunities involved and to weigh the costs against the benefits throughout the negotiations. The need to define and co-ordinate negotiation positions at the regional level has to be tackled urgently. Although this poses a major challenge to the RIs currently involved in the deepening of regional integration processes as described above, it will also force the sub-regions to bundle their resources and to assume an active part in multilateral trade negotiations for the first time.

The recommendations can be summarized as follows.

At the national level, Tanzania and most other ACP countries need

- to commission thorough impact studies to reduce uncertainty concerning the potential benefits and losses of an EPA;
- to set up a national task force to co-ordinate EPA preparations of negotiations to overcome the fragmentation of responsibilities in the field of trade policy formulation and to establish a focal point for all relevant stakeholders, such as the private sector and civil society.

At the regional level, countries will have

- to urgently decide on the geographical configuration of EPAs and to define roles and mandates for the preparation of the negotiations between national and regional authorities;
- to actively tackle the problems arising from overlapping memberships, including setting up mechanisms to harmonise negotiation positions between those RIs that overlap;

- to harmonise negotiation positions and strategic interests within the groupings and particularly between LDCs and non-LDCs in each group.

At the multilateral level, Tanzania together with its regional partners should negotiate for:

- an outcome as close as possible to the EBA scheme in terms of a total abolition of all tariffs and quotas on ACP exports;
- the elimination of NTBs and targeted supply side assistance to reduce export constraints; — the definition of appropriate safeguards, especially in the agricultural sector;
- special and differential treatment for LDCs, especially if they negotiate a joint EPA with non-LDCs;
- compensatory measures in return for concessions made in the area of reciprocal trade liberalisation to take into account adjustment costs and revenue losses.

In addition to these negotiable positions, it needs to be clear that the ACP themselves have to undertake a number of steps towards necessary domestic reforms if EPAs are to be beneficial for them. More than anything, national governments will have to ensure that trade policy is better aligned with the relevant national policies, in particular fiscal reforms and agricultural policy, and that it is embedded in a poverty reduction strategy, as this is a precondition to make efficient use of trade and permit it to contribute to pro-poor growth.

Another very relevant step to ensure a beneficial outcome of EPAs is without doubt the reform of the EU's Common Agricultural Policy (CAP). While this reform is negotiated in other forums – within the EU and at the level of the WTO – during EPA negotiations, any opening up of agricultural sectors on the side of the ACP countries could be made conditional on substantial changes regarding the use of subsidies in the EU.

Finally, over and above the eventual agreements themselves, ample assistance from the donor community should be made available to build trade capacity and to enable the ACP countries to be equal partners in global trade. Naturally, as the negotiating partner, the EU cannot directly assist the ACP countries in determining their negotiating positions. Nevertheless, the EU, and in particular the EU country delegations, can help raise awareness by disseminating information, especially about available funds and pro-

grammes for trade capacity building. Programmes of other international cooperation partners who have expertise to offer will have to complement these efforts in the area of trade and private sector promotion, such as UNCTAD, the WTO and some bilaterals like DFID, DANIDA or GTZ.

In order to make EPAs an effective instrument for the integration of ACP countries into the world economy and at the same time to make them consistent with the overarching objectives of poverty reduction and sustainable development, we suggest that the European Commission should

- show flexibility regarding timeframes and give regional groupings time to pursue and deepen ongoing regional integration processes;
- cater to the needs of the LDCs through special and differential treatment regardless of configuration;
- offer improved market access in terms of a dismantling of NTBs in return for trade liberalisation of the ACP;
- ensure that applications for funding and trade capacity building are processed in an efficient and timely way;
- make the EU country delegations explicitly responsible for dissemination of information about EPAs as well as for awareness raising among the various stakeholders about potential implications of EPAs;
- foster and insist on the involvement of NSAs in trade policy formulation, as this was seen as one of the fundamental principles when the Cotonou Agreement was signed.

Further, we suggest that the donor community, especially the EU member states, should

- assist in trade capacity building, particularly in countries like Tanzania, where trade issues have not been high on the agenda;
- closely co-ordinate trade capacity building efforts to avoid fragmentation of various projects and programmes by different donors and to increase effectiveness;
- make EPA capacity building an element of already existing trade capacity building structures instead of establishing new ones;
- ensure that trade capacity building programmes take into account overarching national strategies and poverty reduction programmes and closely align trade and other sectoral policies with them.

The challenges ahead are numerous. To tackle them will demand political commitment and additional resources on the side of the

ACP countries and their international co-operation partners, particularly the EU. Without a clear conviction on all sides that EPAs will be a success and benefit farmers, industries and society at large, there will be little support by ACP policy makers when it comes to implementation of the agreement.

*\*Aus: Negotiating Economic Partnership Agreements with the EU*

*Opportunities, Risks, and Negotiation Options for Tanzania  
DIE, Bonn 2004, Regine Qualmann et al., Reports and Working Papers 10/2004.*

*Die gesamte Studie ist zu finden unter [http://www.die-gdi.de/die\\_homepage.nsf/56a1abebb4eded3dc1256bd9003101ea/fe8906d6d7153965c1256f1c0026b48a?OpenDocument](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/56a1abebb4eded3dc1256bd9003101ea/fe8906d6d7153965c1256f1c0026b48a?OpenDocument) oder über die Suchfunktion.*

## „STOP EPAs“: Stoppt EU-AKP-Freihandelsabkommen!



Bisher haben sich 164 Netzwerke und Organisationen der internationalen Stop EPA-Kampagne angeschlossen, welche die jetzt zwischen der EU und 77 Staaten aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum verhandelten „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (Epas) in ihrer gegenwärtigen Form ablehnen. Zur Begründung heißt es dazu in einer Erklärung der Netzwerke und Organisationen, welche die Kampagne im April 2004 in Brüssel auf Initiative des Africa Trade Network auf den Weg gebracht haben: „Epas sind vorrangig von den Interessen der großen Konzerne in der EU und einer kleinen Wirtschaftselite in den AKP-Ländern bestimmt. Die EU hat bei diesen Freihandelsabkommen nur zu gewinnen und nichts zu verlieren; die

*Kontakt und weitere Informationen:  
KOSA, Koordination Südliches Afrika e.V.,  
August-Bebel-Str. 62,  
33602 Bielefeld,  
Tel 0521 - 9864851-52,  
Fax 0521 - 63789  
post@stopepa.de  
www.stopepa.de*

große Mehrheit kleiner Produzenten in den AKP-Ländern aber hat alles zu verlieren und wenig zu gewinnen.“

Die StopEpa-Kampagne setzt sich zum Ziel, eine kritische Öffentlichkeit für die zu erwartenden schädlichen Auswirkungen der geplanten regionalen Freihandelsabkommen zu Lasten der strukturschwachen AKP-Gruppe herzustellen (u.a. ungleiche Anpassungskosten, Zerstörung sensibler Entwicklungssektoren durch ungeschützte und vorschnelle Liberalisierung, Unterminierung der bisherigen Ansätze regionaler Integration), über den Druck auf nationale Parlamente und Regierungen den von der EU-Kommission erzeugten Zeitdruck zu entschleunigen und Alternativen zu Epas ins Spiel zu bringen, die den Entwicklungsbedürfnissen der betroffenen Länder gerecht werden.

### **Kampagnenstatement**

Seit 2002 verhandeln die Europäische Union (EU) und die Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) über neue sog. „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (WPA). WPA haben zum Ziel, „neue, WTO-konforme Handelsregeln zu vereinbaren, die zwischen [der EU und den AKP-Staaten] bestehenden Handelshemmnisse schrittweise zu beseitigen und die Zusammenarbeit in allen handelsrelevanten Bereichen zu verstärken“, „auf den Initiativen der AKP-Staaten zur regionalen Integration“ aufzubauen und die „Eindämmung und schließlich Besiegung der Armut und eine nachhaltige Entwicklung“ zu fördern.

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen in der bisher geplanten und verhandelten Form sind im wesentlichen Freihandelsabkommen.

Die EU hat durchgängig darauf bestanden, dass WPA auf einer engen Auslegung der WTO-Bestimmungen über Freihandelsabkommen basieren müssen, die zur Abschaffung aller Handelschranken für mehr als 90% des gemeinsamen Handels innerhalb der kürzestmöglichen Übergangsperiode führen müssen. Zusätzlich verlangt die EU die Aufnahme von Verhandlungen in den Bereichen Investitionen, Wettbewerb, Handelserleichterungen, öffentliches Beschaffungswesen, Datenschutz und im Dienstleistungssektor. Verhandlungen über die ersten vier dieser Bereiche wurden aufgrund ihrer negativen Entwicklungsfolgen von den AKP-Staaten bereits in der WTO abgelehnt.



Trotz großem Widerstands der AKP-Staaten hat die Europäische Kommission einen hohen politischen und ökonomischen Druck aufgebaut, um die WPA-Freihandelsgespräche ohne die nötige Vorbereitung zu beginnen. Stimmen in Europa und den AKP-Staaten, die sich für Alternativen aussprachen, wurden geflissentlich überhört. Durch ihre starke Abhängigkeit von externer Entwicklungszusammenarbeit haben die AKP-Staaten kaum eine andere Wahl, als den EU-Forderungen zur Liberalisierung ihrer Märkte für Güter und Dienstleistungen zuzustimmen. Der überwältigende Nachdruck, der im Zuge der WPA-Verhandlungen auf weiter gehende Liberalisierung gelegt wird, belegt, dass es der EU in den Verhandlungen zunächst um die Ausdehnung des europäischen Zugangs zu den AKP-Märkten geht, und nicht um die Entwicklung der AKP-Länder.

Regionale Integrationsbestrebungen bilden ein zentrales Element der Entwicklungsstrategien der AKP-Staaten. WPA gefährden den schwierigen Prozess der regionalen Integration und setzen Produzenten in den AKP-Staaten auf ihren lokalen und regionalen Märkten der unfairen europäischen Konkurrenz aus. Zu den zu erwartenden Folgen zählen steigende Arbeitslosigkeit, stärkere soziale Ungerechtigkeit, Gefährdung der Ernährungssicherheit und Verlust der Lebensgrundlage. Den Regierungen der AKP-Staaten drohen durch die Abschaffung von Einfuhrzöllen bedeutende Ausfälle in den öffentlichen Einnahmen. Zudem wird auch die mit einer weiteren Liberalisierung verbundenen Kapitalflucht zunehmen. Während die Europäische Kommission darauf besteht, dass WPA „Entwicklungsinstrumente“ seien, belegen alle bisherigen Untersuchungen, dass die Hauptlast der Anpassungskosten ausschließlich von den AKP-Staaten, einschließlich der 40 zur Gruppe der ärmsten Länder gehörenden Staaten, getragen werden muss.

Die EU hat die im Cotonou-Abkommen genannten Ziele Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung auf eine auf ihre Interessen ausgerichtete Handels- und Investitionsliberalisierungsagenda reduziert. WPA werden die Dominanz europäischer Unternehmen, Güter und Dienstleistungen erhöhen. Dadurch werden WPA den sozio-ökonomischen Niedergang und die politische Instabilität vieler AKP-Staaten vertiefen und verlängern. WPA auf der Grundlage reziproker, d.h. symmetrischer, Handelsabkommen machen für die AKP-Staaten weder wirtschaftlich noch entwicklungspolitisch Sinn.

Daher lehnen wir die geplanten „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ in ihrer gegenwärtigen Form ab.

Wir setzen uns für eine Überprüfung der neoliberalen Außenhandelspolitik der EU, insbesondere in Bezug auf die Entwicklungsländer, ein. Wir fordern, dass sich die Zusammenarbeit zwischen EU und AKP-Staaten in der Handelspolitik auf folgende Leitlinien stützt:

Dem Prinzip der Nicht-Reziprozität, dass im Allgemeinen Präferenzsystem (APS) und der Sonder- und Vorzugsbehandlung innerhalb der WTO Ausdruck findet

Dem Schutz der lokalen und regionalen Märkte im Interesse der AKP-Produzenten

Der Umkehr des Liberalisierungsdrucks in der Handels- und Investitionspolitik

Der Schaffung des notwendigen politischen Spielraums und der Unterstützung der AKP-Staaten bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Entwicklungsstrategien.

## **Es hat sich gelohnt!**

### **Bericht über das Seminar zum Thema „Tanzanias wirtschaftliche Einbindung im internationalen Kontext“**

*Elisabeth Steinle-Paul*

*Elisabeth Steinle-Paul ist Frauenärztin in Stuttgart und hat von 1979-82 und 1998-99 in Tanzania gearbeitet. Sie ist Mitglied im Vorstand des Tanzania-  
Network.de und der Habari-Redaktion.*

*Kontakt:  
Steinle-Paul@t-online.de*

Es hat sich gelohnt! Das war der einhellige Tenor der Teilnehmer an der Tagung in Fulda, die sich mit dem komplexen und sperrigen Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen auseinander gesetzt haben. Es war nicht einfach, sich mit den vielen Abkürzungen und Verflechtungen vertraut zu machen, aber die Beleuchtung des Themas aus unterschiedlichen Blickwinkeln brachte auch für nicht mit dem Thema Bewanderte so mache Erhellung.

Den Auftakt bildete der Vortrag von Lucas Saronga, der Tanzania bei den WTO (World Trade Organisation) Verhandlungen in Genf vertritt. Er erläuterte die Geschichte der WTO und die verschiedenen Vertragsabschlüsse im Laufe der Jahre, und das unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der LDC (Least Developed Countries). Die Zeit reichte leider nicht, dieses so umfassende Thema in der gebotenen Ausführlichkeit darzustellen.

len, aber einen Eindruck über die wichtigsten Meilensteine konnte Lucas Saronga vermitteln. Und so war auch klar, dass die Zusammenfassung, die Alexis Passadakis von der Kampagne „Gerechtigkeit jetzt“ anschließend gab, nur einen Bruchteil der gesamten Problematik wiedergeben konnte, das aber umso prägnanter. Die Kampagne mit dem Logo „WTO=Weltweit Taube Ohren“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, vor allem zum G8 Gipfel in Heiligendamm möglichst viele Menschen zu mobilisieren, die mit Aktionen für mehr Gerechtigkeit in den ungleichgewichtigen Wirtschaftsbeziehungen die Öffentlichkeit auf dieses Thema aufmerksam machen.

Am Nachmittag versuchte Theo Kneifel von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika KASA, die komplexen Zusammenhänge der verschiedenen Wirtschaftsbündnisse in Afrika speziell darzustellen. Wie vielschichtig die Interessenslage ist, wie schwierig es ist, die unterschiedlichen Zusammenschlüsse unter einen Hut und zu gemeinsamen Verhandlungspositionen im weltweiten Kontext zubringen, das wurde in seinem Vortrag klar. Die Darstellung der Bündnisse als Kreise auf einem großen Plakat entwickelten sich in der Interaktion zu immer mehr verflochtenen und sich überschneidenden Ringen, die nur noch mit großer Sachkenntnis zu entwirren und in eine sinnvolle Ordnung zu bringen waren.

Wie sich die Kampagne Stopp EPAs (das EU-AKP-Freihandelsabkommen Economic Partnership Agreements ) ein sinnvolles Agieren im Interesse der schwachen Partner bei den Verhandlungen mit der EU vorstellt, machte Theo Kneifel in seinem zweiten Vortrag aus Sicht des Kampagnenvertreters anschaulich.

Interessant an der anschließenden Diskussion war dann auch, dass Lucas Saronga als offizieller Vertreter Tanzanias aus einer anderen Position heraus argumentierte, die z.B. die EPAs und WTO Verhandlungen nicht ablehnt, sondern versucht, eine noch einigermaßen günstige Verhandlungsposition für die LDC, die ärmsten Länder der Welt und speziell natürlich Tanzania zu erreichen. Neben der Klärung von weiteren Sachfragen machte Lucas Saronga auch nachvollziehbar, wie schwach die Verhandlungsposition der kleinen und armen Länder schon allein durch ganz praktische Hindernisse ist. Z.B. durch Repräsentation mit nur einem Vertreter, der sich naturgemäß nicht aufteilen und gleichzeitig auf drei parallel angeordneten Verhandlungsrunden anwesend sein kann. Ein Land mit sechzig Vertretern hat da schon von vornherein die bessere Ausgangsbasis.

Der Sonntag morgen brachte dann noch eine weitere Position ins Spiel, nämlich die des BMZ. Birgit Hofmann vertrat für das BMZ die Ansicht, dass die EPAs und auch die WTO Verhandlungen für die LDC durchaus auch Chancen bringen könnten und dass das BMZ aus ihrer Sicht auch viel dafür tut, dass die LDC diese Chancen ergreifen können. Das BMZ ist in den letztendlichen Verhandlungen bei der EU jedoch nicht allein vertretend für die BRD, sondern muss seine Position auch gegen die des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums durchsetzen können. Klar machte Birgit Hofmann auch, dass das BMZ an der Mitwirkung der Zivilgesellschaft interessiert ist und die Aktivitäten von Kampagnen und Basisgruppen wahr nimmt und begrüßt.

Die folgende Diskussion zwischen den Hauptreferenten und den Teilnehmern konnte Kontroversen und Gemeinsamkeiten nochmals benennen und problematisieren. Aber auch klare Aufgaben für das Tanzania Netzwerk wurden formuliert.

Lucas Saronga war sichtlich beeindruckt von der Ernsthaftigkeit, mit der sich das Tanzania-Network.de für die Belange von Tanzania engagiert und er dankte ganz ausdrücklich für die Einladung und die anregenden Auseinandersetzungen.

Das Besondere an diesen Diskussionen war auch, dass die Beteiligten sich zuhörten und der Diskurs so für alle fruchtbar wurde, was sich zum Beispiel u.a. auch in den Pausengesprächen zwischen den Referenten bemerkbar machte.

Aber nicht nur dieser fachliche Teil war von einer positiven Stimmung geprägt: Die Vorstellung von verschiedenen Initiativen, die Mitglieder im Netzwerk sind, spiegelten die Phantasie und den Einsatz wider, den Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit auf persönlicher Ebene zu geben bereit sind. Es war beeindruckend zu hören, wie aus kleinen Anstößen sich lebendige und oft unerwartete Projekte entwickeln, die die Menschen über die Kontinente hinweg verbinden. Und in vielen Gesprächen und Begegnungen wurde auch auf dieser Tagung das Netzwerk enger geknüpft.

## Studientagung in Fulda – eine persönliche Impression

*Arnold Kiel*

Ja, es war ein anspruchsvolles Programm mit einer Fülle von Informationen, klugen Gedanken und herausfordernden Thesen zum Thema „Tanzania und die Weltwirtschaft“. Wenn ich an das kompakte Wochenende in Fulda zurückdenke, bleibt als Gesamteindruck die Frage: Ist die Situation rein rational, mit vernünftigen Argumenten zu erfassen und zu beschreiben, um Verständigung und Interessenausgleich zu schaffen? Sind nicht vielleicht surrealistische Bilder und Gleichnisse nötig, um die Lage zu beschreiben? Pfr. Tilman Krause entfaltete in der Morgenandacht (nach einer Idee von Pfr. Alban, Neuguineareferent der Leipziger Mission) ein biblisches Gleichnis auf ungewohnte und eindrucksvolle Weise:

„Am Ende der Zeit, am Anfang der Zeit, wird der Herr die Völker versammeln und Festmahl mit ihnen halten. Und der Herr betrat den Saal und sah sie sitzen, die aus dem Norden, dem Süden, dem Osten und dem Westen. Der Afrikaner hatte seinen Ziegenkopf vor sich und schmierte sich mit langen Fingern den Maisbrei zwischen Zahnfleisch und Unterlippe. Neben ihm der Chinese, der genüsslich den leicht süßsaurigen Tigerhoden auslöffelte. Der Dame aus Deutschland im beigefarbenen Plissee-rock wurde von einem Herrn aus Neuguinea sein angebissenes Stück Schweinefleisch gereicht. Und mit einem Mund voll weißer und schwarzer Zähne sagte er: Yu laikim? A? Yu kisim. Wenn du möchtest? Das Mädchen aus dem fernöstlichen Japan genoss ihren Biskuit aus grünem Teepulver und ihren Wassereisbecher mit schwersüßem roten Bohnenmus. Jene aus dem hohen Norden schmierten sich, nach der Speise von junger Robbenleber, das Gesicht mit Fischöl ein, wie sie es immer tun, um die Haut vor Kälte zu schützen.

Dies ging solange, bis der Frau, die vor ihrem 16-gängigen französischen Menu dinierte, der Appetit verging. Zudem hatte sie den Platz neben einem schwarzen Kind erwischt; ihr war es nicht aufgefallen, es war ein Schatten seiner selbst. Selbst der dicke Hungerbauch hatte sich versteckt. Es dauerte lange oder nicht, irgendwann setzten sich zwei separat, denen der Knoblauchgeruch der Türken – oder waren's Juden – auf die Nase ging. Freundlich lächelnd, mit der höflichen Bitte um Ver-

*Arnold Kiel, Pastor i.R. der Braunschweigerischen Landeskirche, arbeitet gemeinsam mit seiner Frau Dr. Christel Kiel drei Mal mehrere Jahre in Tanzania, davon 1986-1992 in der Maasaimission (Nordostdiözese).*

*Kontakt:  
arnoldchristel\_kiel@t-online.de*

ständnis, zog es bald die einen an den Norden des Tisches oder an den Süden, Osten oder Westen. Andere verzogen sich, der Rest hatte wieder seinen Platz am Rand ...“

Muss das in alle Ewigkeit so bleiben? Wie gut, daß es Menschen gibt, die sich nicht einfach abfinden mit der Güterverteilung der Welt, diese nicht einfach den Kräften des Marktes überlassen, sondern geduldig und konsequent, mit viel Phantasie und Engagement daran arbeiten, dass etwas mehr Gerechtigkeit hergestellt wird, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Dazu hat das Wochenende eindrucksvoll ermutigt.

## Wirtschaftsglossar

*zusammen-  
gestellt von  
Dr. Gitta Röth*

AEC	African Economic Community (seit 1991, von OAU gegründet)
ADB	African Development Bank
AGOA	African Growth and Opportunity Act (EPAs mit USA)
AKP/ACP	Afrika, Karibik, Pazifik -Ländergruppe (79)
AMU	The Arab Maghreb Union
APS	Allgemeine Präferenzsysteme
AU	African Union
COMESA	Common Market of Eastern and Southern Africa
CSP	Country Strategy Paper
CU	Customs Union (Zollunion)
DAC	Development Assistance Committee (EZ-Ausschuss der OECD)
DSU	Dispute Settlement Understanding (WTO, Streit-schlichtungsübereinkommen)
EAC	East African Community (Kenya, Tanzania, Uganda)
EBA	“Everything but Arms” arrangement for LDCs
EC	European Commission
ECCAS	Economic Community of Central African States
ECOSOC	Economic and Social Council - Wirtschafts- und So-zialrat der UN
ECOWAS	Economic Community of West African States
EDF	European Development Fund
EPAs	Economic Partnership Agreements (Wirtschaftliche Abkommen mit EU)
ESF	European Services Forum (in Verbindung mit GATS)

EPZ	Export Processing Zone
FDI	Foreign Direct Investment
FTA	Free Trade Agreements (Freihandelsabkommen)
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (allg. Zoll- und Handelsabkommen; heute WTO)
GDP	Gross Domestic Product (Bruttosozialprodukt)
GSP	General System of Preferences
HDI	Human Development Index (UN)
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
IFF	International Finance Facility
IMF	International Monetary Fund
ITC	International Trade Center
JITAP	Joint Integrated Technical Assistance Programme
LDC	Least Developed Country
LIC	Low Income Country
MFN	Most Favoured Nation
NAMA	Non-Agricultural Market Access
NSA	Non-State Actor
NTB	Non-Tariff Barrier to Trade
OAU	Organisation of African Unity (heute: AU)
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit)
OECD	Organisation of Economic Cooperation and Development
PSIA	Poverty and Social Impact Assessment
PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility (IMF)
PRSP	Poverty Reduction Strategy Programme
RI(P)	Regional Initiative (Programme)
SACU	Southern African Customs Union (Zollunion)
SADC	Southern African Development Community
SAP	Structural Adjustment Programme – Strukturanpassungsprogramm
SDT	Special and Differential Treatment (bevorzugte Behandlung im Agrarhandel)
TDCA	Trade, Development and Cooperation Agreement (zwischen EU und Südafrika)
TRAINS	Trade Analysis and Information Systems (UNCTAD)
TRIMS	Trade Related Investment Measures
TRIPS	Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNECA	United Nations Economic Commission for Africa
WTO	World Trade Organisation

## Afrikanische Organisationen

AEC	African Economic Community (seit 1991, von OAU gegründet)
AMU	The Arab Maghreb Union
ASARECA	Association for Strengthening Agricultural Research in Eastern and Central Africa (Burundi, DRC, Eritrea, Ethiopia, Kenya, Madagascar, Rwanda, Sudan, Tanzania, Uganda)
AU	African Union
COMESA	Common Market of Eastern and Southern Africa (Egypt, Ethiopia, Angola, Burundi, Djibouti, Eritrea, Kenya, Comores, DR Congo, Madagascar, Malawi, Mauritius, Namibia, Rwanda, Zambia, Seychelles, Zimbabwe, Sudan, Swaziland, Uganda)
EAC	East African Community / East African Co-operation (Kenya, Tanzania, Uganda, seit 1999)
ECCAS	Economic Community of Central African States
ECOWAS	Economic Community of West African States
ESA	Eastern and Southern Africa (South Africa, Zimbabwe, Angola, Mozambique, Zambia, Malawi, Tanzania, Namibia, Botswana, DR Congo, Lesotho, Swaziland, Sudan, Eritrea, Ethiopia, Burundi, Rwanda, Kenya, Madagascar, Mauritius)
LDCs	Least Developed Countries (in Afrika: Madagascar, Angola, Malawi, Benin, Mali, Mauritania, Burkina Faso, Mozambique, Burundi, Niger, Central African Republic, Rwanda, Chad, Democratic Republic of the Congo, Senegal, Djibouti, Sierra Leone, Equatorial Guinea, Eritrea, Somalia, Ethiopia, Sudan, Gambia, Guinea, Togo, Guinea-Bissau, Uganda, Tanzania, Lesotho, Liberia, Zambia)
SADC	Southern African Development Community (South Africa, Zimbabwe, Angola, Mozambique, Zambia, Malawi, Tanzania, Namibia, Botswana, DR Congo, Lesotho, Mauritius, Seychelles, Swaziland)
SADC-EPA	Angola, Botswana, Lesotho, Mozambique, Namibia, Swaziland, Tanzania
ESA-EPA	Malawi, Zambia, Zimbabwe, Mauritius, Burundi, Rwanda, R.D. Congo, Djibouti, Eritrea, Ethiopia, Sudan, Uganda, Kenya
SACU	Southern African Customs Union (Zollunion) (South Africa, Botswana, Namibia, Lesotho, Swaziland)



## Medikamente für Tansania

### action medeor tanzania arbeitet seit einem Jahr

*Gerhard Kunath*

Wie in Deutschland arbeitet action medeor als gemeinnütziger Verein auch in Tansania ausschließlich für den Not-for-profit Sektor im tansanischen Gesundheitswesen. Da staatliche Einrichtungen keine Möglichkeit des freien Zukaufs von Medikamenten und Equipment haben, bedeutet dies faktisch die Ausrichtung der Zusammenarbeit auf Häuser unter kirchlicher Trägerschaft.

Kirchenkreise, Gemeinden, Firmen und Einzelpersonen mit Partnern in Tansania werden immer wieder mit Fragen und Bitten aus dem Gesundheitsbereich konfrontiert. Gerade weil die Kirchen in Tansania im Erziehungs- und Gesundheitssektor sehr aktiv sind, besteht ein erheblicher Bedarf u.a. auch an Medikamenten. Die Mitnahme und der Versand von Medikamenten mag im Einzelfall bei geringen Mengen ohne Probleme zu organisieren sein. Doch kann eine Kontrolle am Flughafen auch unangenehme Folgen haben, wenn sich nicht im Land registrierte Medizin im Koffer befindet. Soll der größere Bedarf an Medikamenten für eine Dispensary oder ein Hospital beschafft werden, dann verbietet sich sowohl die Mitnahme im Fluggepäck wie auch der Versand aus Europa. Oder der Versand muss sich auf ausgewählte, registrierte Ware beschränken, was dem Bedarf der Partner in Tansania aber kaum gerecht werden kann.

Dies ist einer der Gründe, weshalb „action medeor international healthcare gGmbH“ in Dar es Salaam ein Medikamentenlager eingerichtet hat (vgl. HABARI 3/2005), in dem sich ausschließlich in Tansania registrierte sogenannte „essential drugs“ befinden. Hinzu kommt medizinisches Equipment, bei dem die Einfuhrbestimmungen weniger Probleme bereiten. In Tansania kann medeor zwar nicht alle Zentrallager Tönisvorst vorrätigen Produkte anbieten, weil die Registrierung der gesamten Palette erhebliche Kosten verursachen würde. Dafür ist die vorrätige Ware registriert, bereits im Land und ständig verfügbar.

Für die Gesundheitsstationen lohnt es sich finanziell und logistisch, auf das Angebot von action medeor einzugehen. Der kostenintensive Versand aus Europa entfällt ganz. Die von

*Dr. Gerhard Kunath koordiniert in Deutschland die Aktivitäten der action medeor in Ostafrika. Er ist auch als „field officer“ für den direkten Kontakt zu den Gesundheitsstationen zuständig, soweit sie nicht von den tansanischen Kollegen besucht oder betreut werden können*

*Kontakt:  
action medeor  
süd, An der Steig  
12,  
97334 Sommer-  
ach,  
Tel 09381 -  
7169787  
medeor-  
wuerzburg  
@t-online.de*

medeor angebotenen Arzneimittel sind von hoher Qualität und die Preise sind in Tansania wettbewerbsfähig, das heißt, sie sind mit denen der staatlichen Verkaufsstellen vergleichbar.

Ein weiterer Vorteil liegt in der hohen Verfügbarkeit. Im Rückblick auf das erste Jahr kann von einer 96-98%igen Verfügbarkeit ausgegangen werden.

Bestellungen von Medikamenten können je nach Bedarf in Tansania oder Deutschland abgewickelt werden. Die deutschen Partner können ihre (eigens nur für Tansania konzipierte) Bestellliste(n) in Deutschland ausfüllen und an medeor schicken. Sie können den Bedarf auch von ihren tansanischen Partnern definieren lassen. Diese können in Dar es Salaam bestellen, die Rechnung kann auf ein deutsches Konto überwiesen werden, was teure Auslandsüberweisungen erspart. Die zwei Listen enthalten Medikamente und medizinisches Equipment.

Das Thema „Logistik“, also der Versand in Tansania, war im Vorhinein als problematisch eingestuft worden. Die Erfahrung des ersten Jahres hat das Gegenteil gezeigt. Viele Bestellungen werden nach dem Prinzip „cash and carry“ abgewickelt. Die Käufer ordern im Voraus per email, FAX oder telefonisch, holen die Ware in Dar es Salaam ab und zahlen bar. Dieser Weg wird vor allem von Kunden gewählt, die ohnehin auf Einkaufstour in der Hauptstadt sind. Bekannte Kunden können die Ware auch per Überweisung bezahlen. Bei größeren Sendungen werden Speditionen eingesetzt, die die Medikamente von Haus zu Haus liefern. Die Kosten hierfür trägt der Kunde. Doch lohnt sich dieser Weg, wenn der Umfang der Bestellung keinen anderen Transportweg nahe legt. Auf diesem Weg hat die Gesundheitsstation sofort seinen Bedarf im Haus. Gerne gewählt wird auch der Transport per Bus. Die großen Buslinien transportieren Pakete zuverlässig aus dem Depot in Dar es Salaam an die Bestimmungsorte und übergeben die Ware nur an legitimierte Personen. Dieser Paketdienst wird von mehreren Linien in viele Landesteile angeboten und gilt bisher als sicher.

Die Alternativen, sich Medikamente zu beschaffen, sind nicht sehr zahlreich. Der staatliche msd (medical stores department) gilt für Hospitäler als die erste Bezugsquelle. Er unterhält im Land ein halbes Dutzend Außenlager, hat aber bei der Verfügbarkeit Defizite. Der freie Markt in den Apotheken bietet in größeren Städten die Möglichkeit zum Zukauf, die Preise und die Qualität der Produkte sind unterschiedlich und nicht immer akzeptabel. Die Versorgung der dörflichen Bevölkerung ist auf diese Weise nicht zu gewährlei-

sten. Zudem kommt es wesentlich darauf an, die Health Units mit Medikamenten zu versorgen, weil nur dann auch gesichert ist, dass Patienten sich dort behandeln lassen. Wenn sie keine Hilfe erwarten können, werden sie die Gesundheitsstationen und Hospitäler auch nicht aufsuchen.

action medeor hat im ersten Jahr mitgeholfen, in mehreren Diözesen so genannte „Diocesan Medical Stores“ einzurichten oder wiederzubeleben. Diese DMS beschaffen zentral den Bedarf für alle Gesundheitseinrichtungen der Diözese, verteilen je nach Bedarf und sorgen für die Wiederbeschaffung. Durch die fachlich kompetente Besetzung dieser DMS erhöht sich die Professionalität bei der Beschaffung, der Lagerhaltung und der Verteilungsgerechtigkeit. action medeor trägt mit seinen tansanischen Aktivitäten wesentlich dazu bei, die Versorgung von Patienten mit hochwertigen Arzneimitteln zu sichern.

## Ndolage Hospital

*Kabibi Byabato, Frank Beier*

Gestern klopfte eine junge Mutter bei einem unserer Ärzte zu Hause an. Auf dem Arm hatte sie ihr 10 Wochen altes Baby. Sie wollte sich bedanken. Vor 4 Wochen hatte ein Pfarrer die Mutter mit ihrem schwerkranken Säugling bei uns im Krankenhaus vorbeigebracht. Das Kind trank nicht mehr, hatte keinen Stuhlgang und der Leib war aufgebläht. Vor einer Woche habe das Baby Fieber bekommen und nun seien die Bauchbeschwerden dazu gekommen. Schweren Herzens entschlossen wir uns zur umgehenden Operation. Der ganze Bauch war mit Eiter gefüllt. Auf dem Blutweg war es zu einer Bauchfellentzündung gekommen. Wie so oft reichte das Geld der Mutter gerade, um sich Essen während des Krankenhausaufenthaltes kaufen zu können. Die Behandlung konnten wir Dank Spenden kostenlos gewähren.

Wir könnten heute noch von vielen derartigen Schicksalen berichten. Als Schwerpunkt möchten wir Ihnen aber einen unserer Mitarbeiter vorstellen. Es ist der Gynäkologe Dr. Franz Meyer, 65, der mit seiner Frau Susanne, 62, für ein halbes Jahr als

*Kontakt:  
Dr. Kabibi Byabato,  
Dr. Frank Beier  
Ndolage Hospital,  
PO Box 34  
Kamachumu, Kagera,  
Krankenhaus-  
zentrale: admin  
@ndolagehospital.or.tz,  
Dr. Frank Beier:  
SilkeFrankB@web.de,  
Dr. Franz Meyer:  
framey@gmx.de*

„Senior Volontär“ bei uns arbeitet. Es ist nun schon der zweite Aufenthalt von Meyers in Ndolage.

Von dem Haus, in dem Meyers wohnen, hat man einen weiten Blick über das grüne Hügelland bis auf den Viktoria-See. Meyers berichten, dass sie bereits 1977 bis 1980 in Tansania waren. Dr. Meyer hatte an einem großen Krankenhaus am Kilimanjaro gearbeitet. Die Zeit hat sie für ihr ganzes Leben geprägt und damals geschlossene Freundschaften halten bis heute. Der Wunsch, wieder einmal nach Übersee zu gehen begleitete sie. Als die beiden Söhne erwachsen waren und das Krankenhaus schloss, in dem Dr. Meyer als Belegarzt arbeitete wurde der Entschluss gefasst, die Praxis in Tönisvorst bei Krefeld aufzugeben und nach einem neuen Wirkungsfeld Ausschau zu halten. Nach zwei mehrmonatigen Einsätzen mit den Vereinten Nationen in Ost-Timor wurden Kontakte zur Vereinten Evangelischen Mission, VEM, mit Sitz in Wuppertal geknüpft, die nun den Einsatz von Meyers in Ndolage unterstützt.

Auf die Frage, was ihnen hier besonders gut gefällt, erhalten wir die folgenden persönlichen Antworten: „Wir sind als neue Mitarbeiter herzlich aufgenommen worden. Trotz rudimentärer Kisuaheli-Kenntnisse wurde mir verständnisvoll die Integration in den Klinikalltag erleichtert. Als Senior genießt man hier einen besonderen Respekt und meine lange Berufserfahrung wird geschätzt. Die Zusammenarbeit ist sehr kollegial, so dass ich durch meine tansanischen Kollegen einiges hinzulernen konnte. An den Abenden genießen wir die Ruhe und die Muße, um medizinische Fragen, die wegen unzureichender Kenntnisse auftauchen, durch Lektüre zu lösen. Kein Fernseher, keine Zeitung, (fast) keine Post etc lenken uns ab. Wunderbar.“ (Franz Meyer) „Hier gibt es die Möglichkeit, kreativ an wichtigen Projekten mitzuarbeiten. Ich schätze auch die Natur, die ursprüngliche Landschaft, hier, in der wir gerne wandern. Die Menschen hier sind sehr freundlich.“ (Susanne Meyer) Das Klima hier empfinden Meyers als sehr angenehm und sehen das Gesundheitsrisiko hier eher als geringer an als in Deutschland

Neben Meyers sind noch sechs weitere Volontärinnen und Volontäre aus verschiedenen Teilen der Welt im Alter von 27 bis 80 Jahren und mit verschiedenen Berufen in Ndolage tätig und tragen sehr zur Weiterentwicklung des Krankenhauses bei. Unser ältester Volontär, ein schwedischer Chirurg, kam das erste Mal mit 65 zum Arbeiten nach Afrika. Er blieb damals 2 Jahre in Ndolage und

freut sich jedes Mal von neuem darüber, wenn er weiterhin kräftig genug ist, wieder für 3 Monate in Ndolage mithelfen zu können. Wenn wir bei Ihnen Interesse an einem Einsatz als Volontärin oder Volontär in Ndolage geweckt haben sollten, dann setzen Sie sich doch mit uns unter den unten angegebenen Adressen in Verbindung. Einsatzmöglichkeiten gibt es nicht nur im medizinischen, sondern auch im technischen und administrativen Bereich.

Folgende weitere Neuigkeiten gibt es noch zu berichten:

Das mit Spendengeldern über die VEM finanzierte Zentrum für HIV-infizierte Menschen ist fast fertig gestellt. Die Arbeit, die noch in den Räumen der Mutter-Kind-Klinik erfolgt, ist bereits gut angelaufen. 86 Frauen, 52 Männer und 2 Kinder werden betreut. 50 von ihnen, 33 Frauen und 17 Männer, benötigen bereits antiretrovirale Medikamente. Diese drängen die Symptome der AIDS-Infektion zurück und auch bereits schwer kranke Menschen können wieder für viele Jahre klinisch gesund werden und selbstständig wieder ihre Familien versorgen. Die Beratung und (freiwillige) Testung aller Schwangeren sind zur Selbstverständlichkeit geworden und die Arbeit ist gut mit verschiedenen Initiativen in den umgebenden Dörfern vernetzt. Dort hat sich inzwischen auch herumgesprochen, dass einige schwerkranke Menschen wieder in den vollen Besitz ihrer Kräfte gelang sind. Wir gehen davon aus, dass nach einem Jahr 300 Menschen an dem Projekt teilnehmen.

Seit einem Monat haben wir einen weiteren Arzt bei uns, Dr. Mazima. Nach dreijähriger Ausbildung hatte er viele Jahre als Hilfsarzt („Clinical Officer“) in Ndolage gearbeitet. Dank intensiver Anstrengungen konnte er bald jungen Ärzten selbst größere Operationen beibringen und konnte selbstständig Ultraschall-Untersuchungen von Bauchraum und Herzen durchführen. Nun hatte er die Möglichkeit, an einer nahen Universität ein zweijähriges Aufbaustudium zum Arzt („Assistant Medical Officer“) zu absolvieren. Bereits jetzt schon profitiert Ndolage von seinem Können und seiner Energie.

3. Oktober 2006

## Kiel für Kinder am Kilimanjaro Einrichtung eines AIDS-Waisen-Fonds im Kirchenkreis Kiel

*Doris und Helmut Krieg*

*Doris und Helmut Krieg sind Beauftragte des Kirchenkreises Kiel für die Partnerschaft Ostkilimanjaro (im Ehrenamt)*

*Kontakt:  
hel.krieg  
@kielnet.net*

Wir hatten, nein wir haben noch immer den Traum, dass unsere Stadt Kiel sich aufmacht, den 6.000 Waisenkindern in Ostkilimanjaro zu helfen. Wir haben den Traum, dass die 30 Evangelischen Kirchengemeinden dieser Stadt und ihre 120.000 Mitglieder einen Fonds für die AIDS-Waisen mit regelmäßigen Beiträgen unterstützen. Wir haben den Traum, dass viele Bürger dieser Stadt sich anschließen, dass der Fonds wächst und eine umfassende Hilfe für die Waisenkinder ermöglicht.

Es ist ein langer Weg.

Seit 2004 besteht eine Partnerschaft zwischen den Ev.-Luth. Kirchenkreisen Kiel und Ostkilimanjaro in Tansania. Ostkilimanjaro umfasst 39 Kirchengemeinden mit etwa 90.000 Ev.-Luth. Christen. Viele Mütter und Väter sind an AIDS gestorben, so dass etwa 6.000 Kinder (13% aller Kinder von 3 bis 18 Jahren/dort werden Waisenkinder erst ab einem Alter von 3 Jahren gezählt) beide oder einen Elternteil verloren haben. So ist unsere Hilfe als Partner aus Kiel gefragt!

Doch wie wird Hilfe für die Waisen in einem Kirchenkreis für einen anderen Kirchenkreis konkret geplant und umgesetzt? Beiden Kirchenkreisen – Kiel und Kilimanjaro – kommt zugute, dass ein Konzept für die Waisenhilfe bereits in einer Pilotphase über drei Jahren in 12 einzelnen Kirchengemeinden in Ostkilimanjaro unter Leitung der Bibelschule Mwika (Pastor Dr. Martin Burkhardt) in Tansania erfolgreich erprobt wird. Daran sind u.a. sechs Gemeinden aus dem Kirchenkreis Kiel beteiligt. In diesem Pilotprojekt (Habari berichtete darüber) geht es darum, die Waisenkinder und ihre Familien – unabhängig von der Religionszugehörigkeit – in diesen Kirchengemeinden in Ostkilimanjaro zu unterstützen. Dieses Projekt war aber nicht in die Hierarchie des Kirchenkreises Ostkilimanjaro eingebunden, sondern lief unabhängig unter der Leitung der Bibelschule.

Als der Kirchenkreis Ostkilimanjaro den ersten Schritt tat, um eine umfassende AIDS-Waisenhilfe zu installieren, zu organisieren und sich um eine Finanzierung zu kümmern, war zu-

nächst die Zuständigkeit und Zusammenarbeit mit der Bibelschule Mwika zu klären. Dieser Prozess ist inzwischen fast abgeschlossen. Gleichzeitig wurde das Nordelbische Missionszentrum in Hamburg (NMZ) um personelle/finanzielle Unterstützung gebeten.

Das NMZ stellte im zweiten Schritt für drei Jahre die Mittel für die Arbeit einer tansanischen Diakonisse (Gehalt, Büro und Kfz.) bereit. Eine qualifizierte Diakonisse mit sozialpädagogischer Ausbildung wurde in der Usharika wa Neema in Moshi gefunden und beginnt ihren Dienst nach einer Einarbeitungszeit im Pilotprojekt der Bibelschule Mwika am 1. Januar 2007. Sie ist räumlich wie dienstlich beim Kirchenkreis Ostkilimanjaro angebunden.

Im dritten Schritt geht es darum, Mittel zu beschaffen, die überhaupt die Arbeit vor Ort möglich machen. Was nützt es, wenn eine hoch motivierte und qualifizierte Diakonisse ein Büro und ein Auto hat, sowie ein regelmäßiges Gehalt bezieht, wenn keine Mittel für die eigentlichen Aufgaben bereitstehen. Aus der Arbeit der Pilotgemeinden ist bekannt, dass gerade in der Anfangsphase mehr Geld erforderlich ist, als später, wenn die Arbeit läuft, wenn auch die Gemeinden motiviert sind und ihren Teil für die Betreuung der Waisen beitragen. Diesen dritten Schritt ist der Kirchenkreis Kiel gegangen und hat einen AIDS-Waisen-Fonds gegründet, der ab 1. Januar 2007 die Arbeit der Diakonisse unterstützen wird.

Aber es ist nicht so leicht den Fonds zu füllen, so dass eine dauerhafte ausreichende Unterstützung möglich wird, jedenfalls nicht mit der Absicht, diesen Fonds über die 30 Gemeinden des Kirchenkreises Kiel durch Spenden der Mitglieder dieser Gemeinden zu füllen. Wir wollten durch diesen Weg gleichzeitig eine Solidarisierung der Gemeinden und Mitglieder des Kirchenkreises Kiel mit den Problemen des Partnerkirchenkreises Ostkilimanjaro erreichen und die noch junge Partnerschaft fest im Bewusstsein der Kieler Gemeinden zu verankern. Wir sind aber bisher diesen schwereren Weg gegangen, weil dies unserer Überzeugung nach der bessere Weg ist.

Unter dem Namen „Kiel für Kinder am Kilimanjaro“ wurde für dieses Fundraising ein Ablaufplan aufgestellt, der die Gemeinden, die Kirchenvorstände und Pastorinnen /Pastoren in Kiel über vier Monate schrittweise auf eine öffentliche Auftaktveranstaltung zum Start des Projektes hinführte. In Briefen und durch Vorträge in der Synode und beim Pastorenkonvent des Kirchenkreises, durch Flyer, Veröffentlichungen auf den Internetseiten der Nordelbischen

Kirche und des Kirchenkreises Kiel, Abkündigungen in Gottesdiensten, durch Pressemitteilungen und letztlich durch Plakate wurden die Theologen und Vorstände der Kirchengemeinden über das Projekt informiert und hoffentlich auch dafür sensibilisiert.

Für das Projekt konnte als Schirmherrin die ehemalige Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein und jetzige Vorsitzende von UNICEF-Deutschland Heide Simonis gewonnen werden, ebenfalls sagte die Oberbürgermeisterin von Kiel, Angelika Volquartz, ihre Unterstützung zu. Beide nahmen aktiv an der Auftaktveranstaltung in der Nikolaikirche in Kiel teil, zu der neben den Gemeinden auch viele wichtige Personen aus der Stadt eingeladen waren.

An der Auftaktveranstaltung nahm auch der Leiter des Kirchenkreises Ostkilimanjaro, Pastor Lucas Kyessi teil. Er war vom Kirchenkreis Kiel im Rahmen der Partnerschaft eingeladen worden.

Er konnte durch seine persönliche Anwesenheit authentisch für das Projekt werben und hat dies nicht nur während der Auftaktveranstaltung, sondern auch bei allen Gemeindebesuchen in Kiel und Nordelbien (Hamburg und Schleswig-Holstein) getan. Insgesamt hat er während seines Aufenthaltes alle 18 nordelbischen Gemeinden/Schulen/Träger, die partnerschaftliche Beziehungen zu Ostkilimanjaro haben, besucht bzw. Gespräche geführt.

Die Gemeinden/Schulen/Träger haben sich im Rahmen ihrer Partnerschaften bisher hauptsächlich um Belange ihrer Partnerschaft gekümmert und das Problem der AIDS-Waisen, wenn überhaupt, nur im Rahmen ihrer Partnerschaft gesehen. Sie wurden über den AIDS-Waisen-Fonds informiert, durch den der gesamte Kirchenkreis Ostkilimanjaro unterstützt werden soll und von dem auch ihre Partnergemeinden profitieren werden. Pastor Kyessi machte bei den Gesprächen deutlich, dass eine Unterstützung des Fonds durch alle Gruppen wünschenswert sei. Aufgrund dieser Gespräche haben sich bereits mehrere Gemeinden bereit erklärt, den AIDS-Waisen-Fonds zu unterstützen. Es ist damit zu rechnen, dass weitere Gemeinden aus diesem Spektrum folgen werden.

Als vorläufiges Ergebnis ist festzuhalten, dass das Projekt „Kiel für Kinder am Kilimanjaro“ in den Gemeinden des Kirchenkreises Kiel und in den Gemeinden/Schulen/Trägern mit Partnerschaften zum Kirchenkreis Ostkilimanjaro umfassend bekannt gemacht wurde. Die Umsetzung in den Kirchengemeinden in Kiel ist bisher nur vereinzelt spürbar und wird je nach deren Struktur noch dauern, bis hoffentlich auch von dort eine nachhaltige Unterstützung der Arbeit vor Ort in Ostkilimanjaro möglich sein wird. Die Gemeinden mit Partnerschaftsbeziehungen sind dort offener. Immerhin sind in der



Zwischenzeit die ersten Gelder in den Fonds eingegangen, teils durch Einzelspenden oder Dauerspendsen, teils durch Sonderkollekten von einzelnen Gemeinden, so dass eine Unterstützung für 2007 gesichert ist.

## Erneuerbare Energien in Tansania

*Katharina Danner*

Bis vor kurzem waren die Einwohner des Dorfes Kinko in den Bergen von Tansania stolz auf ihre Grundschule. Durch diese können nun über 70% der 2600 Dorfbewohner lesen und schreiben. Aber jetzt gibt es noch etwas worüber sie stolz sein können: Ihr eigenes 10kW Kleinwasserkraftwerk. Neben den rund 100 Haushalten und etlichen Straßenlampen versorgt es auch das Gemeindeentwicklungszentrum und hilft somit, ihre eigenen lokalen Ressourcen aufzuwerten und die Chancen der Jugendlichen dort zu verbessern. Ein Computerzentrum mit drei PCs und Internetanschluss, ein Computertrainingszentrum sowie ein gemeinschaftliches Fernsehgerät, das durch Satellitenverbindung für Unterhaltung und Information sorgt – dies sind all die neuen Errungenschaften, die durch die 100 Liter Wasser, die bis jetzt ruhig durch die Hinterhöfe floss und sich nun von 18 m Höhe stürzen, ermöglicht wurden.

Alexander Varghese, Programm Officer der Energy and Cleaner Production Abteilung der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) ermöglichte zusammen mit dem tansanischen Ministerium für Energie und Mineralien (MEM) und einer Zahl von NGOs, dass Kreisverwaltung und die Gemeinde Kinko einen neuen offenen Kanal bauen konnte, wo das Wasser von einem kleinen Damm aufgestaut wird und dann eine Turbine antreibt, bevor es wieder zurück in den ursprünglichen Fluss geleitet und für die traditionelle Nutzung zur Verfügung steht.

Das Projekt in Kinko war Teil des Rural Energy Initiative Programm der UNIDO. Mit diesem Programm fördert die UNIDO zusammen mit dem International Network for Micro Hydro Power (INSHP) and der tansanischen Regierung die Entstehung von Wasserkraftwerken und sucht geeignete Standorte in Tan-

*Weitere Informationen:*

*Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie, c/o Stadtwerke München, Emmy-Noether-Str. 2, 80992 München, Tel 089 - 52 40 71 Fax 089 - 52 16 68 info@dgs.de www.dgs.de*

*UNIDO  
<http://unido.org/doc/24878> und  
UNIDO <http://unido.org/doc/24878>*

*Katharina Danner  
w.danner@t-online.de*

sania. Das Projekt in Kinko, einem kleinen, hügeligen Dorf im Lusho-to District in der Tanga Region im Osten von Tansania, ungefähr 30 km von Lushoto auf einer Höhe von 1600 m über Meeresspiegel, wurde initiiert und koordiniert von Alexander Varghese von der UNIDO und seinem Partner Mr. V. Ramasubramanian von Shyadri Energy Systems und Prof. Damoderan von der INSHP. Um das kleine Dorf im August 2006 ans Stromnetz anzuschließen, bekamen die Initiatoren Hilfe von vielen Seiten, darunter von der Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS), der Tanzania Electric Supply Co. (TANESCO) und der in Dar es Salaam sitzenden NGO Tanzania Traditional Energy Development and Environment Organization (TATEDO). Tanga Cements, die größte Zementfabrik Tansanias stiftete den benötigten Zement und das in Mobilfunk führende Unternehmen CELTEL stellte den Internetzugang.

Ihr Einkommen verdienen die Bewohner von Kinko hauptsächlich durch den Anbau von Mais, Bohnen und anderem Gemüse. Allein für die Beleuchtung, verbrauchte jeder Haushalt 2 Liter Kerosin im Monat, was Kosten von 2 US\$ verursachte bei einem Einkommen von nur 300 US\$ pro Jahr. Trotzdem war es den Kindern nicht möglich nach Sonnenuntergang zu lernen. Gekocht wurde mit Holz. Jede Hausfrau des Dorfes brauchte zwei Stunden pro Tag, um genügend Holz zu sammeln. Die drei Mühlen, die mit Dieselmotoren liefen und von Männern aus dem 10 km entfernten Kwen-ga betrieben wurden, waren die einzigen Maschinen, die die Dorfbewohner je gesehen hatten. Diese Mühlen und noch viele andere elektrische und elektronische Geräte werden nun von dem dorf-eigenen Kleinwasserkraftwerk mit Strom versorgt.

Die Gemeinde arbeitete mit an Wahl des Standorts, stellte den Grund zur Verfügung, half das Projekt durch Eigenleistung und anderen Input zu realisieren und übernahm den Betrieb nach der Inbetriebnahme. Dadurch waren Kinkos Einwohner nun „Partner in einem Projekt, dass ihr Leben verändern sollte“ und machten es so möglich, dass das Projekt vom Konzept bis zur Fertigstellung nur 15 Monate brauchte. Die tatsächliche Durchführung betrug sogar nur neun Monate. Um Schwankungen auszugleichen, wird im Kraftwerk ein 15kW starker elektronischer Verbrauchsregler eingesetzt, der die Geschwindigkeit des Motors reguliert und stabilisiert. Der Strom wird mit einer 1500 m lange Zuführungsleitung zu einer 1300 m langen Verteilungsleitung, die zum nächstgelegenen Haus führt, verteilt.

Die Gemeinde hat ihr eigenes Komitee, das über Stromtarife, deren Sammlung sowie Betrieb und Wartung der Anlage und Strafen

für Zahlungsverzug entscheidet. Jedes der rund 100 Häuser hat nun zwei Neonlampen und eine Steckdose.

Dieses Projekt ist ein Modell für die Nutzung von erneuerbaren Energien, mit dem das Dorf nun mit nützliche Informationen in Bezug auf Landwirtschaft, Gesundheit, Märkte etc. informiert ist, es nun mit Nachrichten und Unterhaltung versorgt wird und das auch noch einen Kühlschrank, in dem lebensrettende Medikamente und Impfungen aufbewahrt werden, versorgt. Darüber hinaus können von nun an die Jugendlichen des Dorfes am Computer ausgebildet werden, wodurch sie die Lücke schließen können zu den städtischen Jugendlichen. Und das bringt ihnen einen großen Vorteil wenn sie eine Anstellung außerhalb des Dorfes suchen. Während der Durchführung des Projekts, bildeten die UNIDO und das Ministerium örtlichen Akteure soweit aus, dass sie qualifiziert sind in Zukunft dieses Projekt an verschiedenen Standorten in ganz Tansania und darüber hinaus zu duplizieren. Außerdem haben die UNIDO Experten eine weitere wertvolle Energiequelle in diesen kleinen Dörfern entdeckt - Biomasse. Biomasse ist dort im Überfluss vorhanden, doch wird diese bis jetzt nicht genutzt. Statt sie ungenutzt zu lassen, könnte diese in einer Biogasanlage vergoren werden und dann mit Hilfe von Blockheizkraftwerken elektrischer Strom erzeugt werden. Wenn man in Kinko zusätzlich eine 10 kW Biogasanlage errichtet, könnte diese das schon vorhandene Kleinwasserkraftwerk unterstützen und dann auf weitere Dörfer ausgeweitet werden. Der größte Wasserfall in diesem Dorf ist noch unberührt. Dieser könnte sofort nutzbar gemacht werden und für abgelegene Häuser könnten zusätzlich einige Solarpaneele die Stromversorgung sichern. Zusammen mit der DGS, will Alexander Varghese von der UNIDO diese zukünftigen Projekte realisieren und somit noch mehr tansanische Dörfer stolz machen.

KANGA SPRÜCHE No. 21

Usibadili nia kwa jambo la kusikia

Ändere nicht Deine Meinung  
aufgrund von Gerüchten.

## **Paukwa – Geschichten aus Sansibar**

*Birgit Mitawi*

Hunderte von Geschichten warteten nur darauf, weitergegeben zu werden - diese Erfahrung machten wir, als wir von der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg eine Woche lang gemeinsam mit unseren Partnern in den fünf Dörfern und im Stadtteil Mikunguni (von Sansibar Town) von Haus zu Haus zogen, um alte Frauen und Männer nach den Geschichten ihrer Kindheit zu befragen. Die Alten waren stolz, wieder einmal erzählen zu dürfen, wichtiger zu sein als Fernsehen, Video, Computer oder Fußballspiel. Ein Buch voller Geschichten ist entstanden. Geschichten, an die sich die Alten in Bambi, Uzini, Fukuchani, Chukwani, Mikunguni und Uroa erinnerten. Diese Geschichten wurden von ihren Kindern und Enkeln erstmals aufgeschrieben, damit sie nicht verloren gehen, damit sie ihren Platz in den gerade entstehenden dörflichen Schulbibliotheken finden. Die Bibliotheken der beteiligten Schulen beherbergen so vom ersten Tag an die Traditionen ebenso wie das Wissen und die Gedanken aus allen Ecken der Welt. Damit die Welt die Geschichten aus Sansibar auch erfährt, wurden sie gemeinsam ins Deutsche übertragen. In der interkulturellen Woche wurden die Geschichten Ausgang für wunderschöne Illustrationen, die Kinder verschiedener Altersstufen in der Landesbibliothek Potsdam anfertigten und sich so ganz kreativ der Insel Sansibar näherten.

### **Paukwa - Geschichten aus Sansibar**

In einer Gesellschaft, die oral geprägt ist, muss diesen Traditionen Rechnung getragen werden. Bücher sollen nicht die alten Geschichten verdrängen! Bücher stehen nicht in Konkurrenz, sie stehen nicht im Konflikt zu dem, was die Alten zu berichten haben! Die Alten und ihre Geschichten wurden einbezogen, sie wurden aufgeschrieben und dann als kleines Buch in die Bücherreihen der Bibliothek eingeordnet.

#### ***Ein großer Fang***

*erzählt von Akama Pandu Saleh*

*Vor langer Zeit gab es ein kleines Dorf an der Küste, dessen Bewohner sich ihren Lebensunterhalt/ überwiegend durch Fischfang verdienten. Jede Nacht fuhren sie aufs Meer hinaus und brachten ihren Fang am nächsten Morgen mit nach Hause. Die Fische wur-*

*den mit der Zeit immer kleiner und es war schwer, davon noch satt zu werden. Eines Tages fing ein junger Fischer jedoch einen Fisch, der so groß war, dass er diesen seinem Vater zeigen wollte. Der Vater war sehr überrascht von jenem großen Fang seines Sohnes, so dass er vorschlug, ihn der Dorfgemeinschaft zu präsentieren. So zogen sie also dahin und die Leute im Dorf waren überwältigt von diesem Riesenexemplar, so dass sie beschlossen, ihn dem Bürgermeister zu zeigen. Der Bürgermeister konnte seinen Augen kaum trauen und schlug vor, diesen Fisch dem Sultan zu zeigen und ihm den Fisch zum Kauf anzubieten. Zufrieden mit dieser Idee gingen alle zum Palast des Sultans, um ihm diesen prächtigen Fisch zu zeigen. Der Sultan jedoch sagte: "Das ist ja ein großer Fisch. Lasst uns ihn einem Weißen zeigen, so dass er ein Foto davon machen kann!" Als dann der Weiße kam, wünschte er sich, den Fisch unbedingt im Ozean fotografieren zu dürfen. So setzten sie den Fisch wieder ins flache Wasser, doch ehe sie sich versahen, schwamm er weg, so dass die Dorfbewohner am Ende wieder mit leeren Händen da standen.*

Erstmals veröffentlicht in Paukwa - Geschichten aus Sansibar, Eigenverlag 2005

Also, wer ein tolles sehr persönliches Weihnachtsgeschenk sucht, das dazu noch hilft, mehr Bücher für die Bibliotheken in Sansibar anzuschaffen, der sollte das Geschichtenbuch kaufen, das die Gruppe 2005 gemeinsam mit den sansibarischen Partnern recherchiert und aufgeschrieben hat.

Wenn wir alle Bücher verkaufen, können wir für 4.000 Euro neue Bücher für die Bibliothek kaufen und für 3.000 Euro auch die Kiswahiliausgabe drucken.

Wenn wir 300 Stück verkaufen, können wir die Kiswahiliausgabe drucken!

„Paukwa - Geschichten aus Sansibar“, zu bestellen bei: Birgit Mitawi, RAA Brandenburg, Friedrich-Engels-Straße 1, 14473 Potsdam, [BirgitMitawi@T-Online.de](mailto:BirgitMitawi@T-Online.de)

Preis: 10 • + Porto

# Termine **Studientag des Tanzania-Network.de e.V.**

am Samstag, den 17. März 2007 in Berlin

## **Handel(n) – jetzt, aber wie?!**

### Deutsch-Tanzanische Wirtschaftsbeziehungen in der Partnerschaftsarbeit

Mit dem Studientag wollen wir die Thematik der Herbsttagung 2006 zur internationalen Einbindung Tanzanias in wirtschaftliche Zusammenhänge konkret fortführen. Wir fragen, wie wir durch und in unserer Partnerschaftsarbeit mit unseren Freunden in Tanzania Handel mit konkreten Produkten umsetzen können. Wir wollen zum Handeln anregen und besonders auch neu interessierte Gruppen erreichen.

Viele von uns sind bereits in kleineren oder größeren wirtschaftlichen Austausch mit tanzanischen Partnern, Partnergemeinden, kleinen Betrieben oder Genossenschaften getreten und verkaufen deren Produkte. Wir möchten auf dem Studientag gute Beispiele vorstellen und gemeinsam diskutieren. Wir werden uns außerdem auf Produktionsmöglichkeiten und –bedingungen in Tanzania (u.a. verschiedene Siegel und Zertifizierungsverfahren) und die Vermarktung in Deutschland (direkt; Fairer Handel; andere Möglichkeiten) konzentrieren.

Mit dem Studientag wollen wir einen Beitrag über bereits möglicherweise bekannte „Fairhandelschienen“ hinaus wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeiten bewusst in den Blick nehmen und uns für die Ausweitung der Produktpalette einsetzen. Wir möchten ein alternatives Bild zu der oft negativen Präsentation Tanzanias aufzeigen, indem wir bereits gegangene Wege unserer gemeinsamen Arbeit besichtigen, neue Wege beschreiten und damit auf Potentiale und Chancen der wirtschaftlichen Situation Tanzanias hinweisen!

**Tagungsort:** Wannseeforum, Hohenzollernstraße 14, 14109 Berlin,  
[www.wannseeforum.de](http://www.wannseeforum.de)

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_ email: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Straße \_\_\_\_\_ Tel \_\_\_\_\_

Ich nehme am Studientag (Samstag, 17. März ) teil. Beitrag 25 • (erm. 15 •)

Ich nehme an der Mitgliederversammlung (Sonntag, 18. März ) teil.

Ich brauche ein Übernachtung von Samstag auf Sonntag (17./18. März ) im DZ 25 • (erm. 18 •).

Ich möchte vegetarisches Essen.

Ich möchte eine Wegbeschreibung.

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte überweisen Sie den entsprechenden Betrag auf unser Konto (Stichwort: Veranstaltung Berlin): **Tanzania-Network.de e.V. Kontonummer 33 133 331 BLZ 480 501 61. Die**

## Handel(n) – jetzt, aber wie?!

Deutsch-Tanzanische Wirtschaftsbeziehungen in der Partnerschaftsarbeit

- |                   |  |
|-------------------|--|
| 9.30 Uhr          | Anreise / Kaffee   |
| 10.00 - 10.30 Uhr | Begrüßung und Einführungsreferat<br><i>Klaus Veeh</i>  |
| 10.30 - 10.45 Uhr | Präsentation der Mitgliedsgruppen und ihrer Aktivitäten<br><i>Luise Steinwachs</i>   |
| 10.45 - 11.15 Uhr | Produkte des Fairen Handels am Beispiel der ostafrikanischen Gemeinschaft (Kenya, Uganda, besonders Tanzania): Möglichkeiten und Tendenzen<br><i>N.N. von der GEPA (angefragt)</i>                         |
| 11.15 – 11.45 Uhr | Viele Siegel – ein Gedanke: die Verbesserung der Produktions- und Handelsbedingungen: Zertifizierung am Beispiel des Blumenanbaus in Tanzania<br><i>Silke Peters, Flower Label Program FLP (angefragt)</i> |
| 11.45 – 12.30 Uhr | Rückfragen und Diskussion mit beiden Referenten  |
| 12.30 – 14.00 Uhr | Mittagessen, Kaffeeparcours von Twende Pamoja e.V.   |
| 14.00 – 15.00 Uhr | Präsentationen der Aktivitäten und Erfahrungen von der Mitgliedsgruppen des Tanzania-Network.de  |
| 15.00 – 16.00 Uhr | AGs: <i>(vorläufig)</i><br>1. Direktimporte<br>2. Vermarktung (u.a. Weltläden, Direktvermarktung)<br>3. Zertifizierung (u.a. FLP, FLO)   |
| 16.00 – 16.30 Uhr | Kaffeepause  |
| 16.30 – 17.00 Uhr | Präsentationen aus den AGs im Plenum   |
| 17.00 – 17.45 Uhr | Abschlussdiskussion  |
| 17.45 – 18.00 Uhr | Evaluierung  |
| 18.00 Uhr         | Schluss  |

Im Anschluss an das Seminar findet am **Sonntag, den 18. März 2007** von 9.30 bis 12.00 Uhr die jährliche **Mitgliederversammlung** des Tanzania-Network.de statt, zu der Sie herzlich eingeladen sind.

# Tanzania-Network.de e.V.

www.tanzania-network.de

Richard Madete – Webmaster webmaster@tanzania-network.de

Dr. Luise Steinwachs verantwortlich für die Redaktion  
und im Sinne des Pressegesetzes.

**Satz und Layout:** Gisela Lieberknecht-Krinke

**Redaktion:** Arnold Kiel, Dr. Gitta Röth, Elisabeth Steinle-Paul, Dr. Luise Steinwachs

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel zu bearbeiten.

**Interessierte sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen!**

infobrief@tanzania-network.de

## Tanzania-Network.de e.V.

Koordinationsstelle im Haus der Demokratie und Menschenrechte

Dr. Luise Steinwachs

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

Tel 030 - 4172 3582 Fax 030 - 4172 3583

ks@tanzania-network.de www.tanzania-network.de

## **Bankverbindung:** Tanzania-Network.de e.V.

Sparkasse Bielefeld

Kto.Nr.: 33 133 331

BLZ: 480 501 61

### Abonnement HABARI

Name \_\_\_\_\_  
 Straße, Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
 Tel/email \_\_\_\_\_

Ich bitte / wir bitten das Tanzania-Network.de e.V., den Beitrag für das Abo (16 Euro / 4 Ausgaben pro Jahr) bis auf Widerruf, erstmals ab (Jahr) \_\_\_\_\_, von meinem / unserem Konto Nr. \_\_\_\_\_ bei \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ im Wege des Bankeinzugsverfahrens einzuziehen.

Ich zahle / wir zahlen das Abo (16 Euro / 4 Ausgaben pro Jahr) und evtl. Spenden durch Überweisen auf das Konto des Tanzania-Network.de e.V.

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_